

Winter 2024

Sperre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!



DAS NEUE BÜRGERGELD:

Statt Fördern & Integrieren
Fordern & Nachtreten!

Das Interview

Die Sperre und der Armuts-
forscher Prof. Dr. Christoph
Butterwegge

Sozialstaat im Umbruch

Austausch mit NRW-Arbeits-
minister K.-J. Laumann

Klimatisch wärmer - Sozial kälter

Die Parteienanalyse
zur Bundestagswahl 2025

Münsters Haushalt 2025:

Wer zahlt den Preis für die Einsparungen?

In der idyllischen Fahrradstadt Münster tut sich ein besorgniserregender Abgrund auf: Der **"Katalog der Grausamkeiten"** – Vorschläge der Stadtverwaltung zu Einsparungen im Haushalt für 2025 – könnte die soziale Kluft in Münster weiter vertiefen. Ob diese Einsparvorschläge jedoch Realität werden, entscheidet sich in der kommenden Ratssitzung am 11.12.2024.

Die Einsparungen treffen in erster Linie die Arbeiterklasse

– all jene, die ohnehin bereits am stärksten unter finanziellen Belastungen leiden. Von Familien mit Kindern über migrantische Selbstorganisationen, Arbeitssuchende und Senioren bis hin zu straffälligen Jugendlichen: Die geplanten Kürzungen bedrohen die existenziellen Grundlagen derjenigen, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Angebote wie das Stadtmagazin "Sperr", ein wichtiges Sprachrohr für von Arbeitslosigkeit und Armut bedrohte Menschen, könnten ebenfalls mittelbar betroffen sein. Gleichzeitig bleiben die Wohlhabenden weitgehend unberührt.

Die sozialen Folgen wären gravierend, denn die Politik zeigt wenig Bereitschaft, aktiv einzugreifen, um den Wohlstand gerechter zu verteilen. Stattdessen sollen diejenigen in der Gesellschaft, die am meisten Unterstützung benötigen, den Preis für die Haushaltsentlastungen zahlen.

Eine alternative Maßnahme, wie die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf das Niveau vergleichbarer Städte wie Bonn, könnte jährlich ca. 60 Millionen Euro zusätzlich einbringen – genug, um Kürzungen zu vermeiden und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Der Gewerbesteuerhebesatz wird von der Gemeinde festgelegt und bestimmt maßgeblich die Höhe der Gewerbesteuer, die Unternehmen an die Stadt abführen. Eine Erhöhung des Hebesatzes führt zwangsläufig zu mehr Einnahmen für den städtischen Haushalt. In Münster würde eine Anpassung des Hebesatzes eine Schlüsselrolle bei der Lösung der Haushaltsprobleme spielen und verhindern, dass die Last auf den Schultern der finanziell Benachteiligten abgeladen wird. Allerdings ist dies unter den derzeit regierenden Parteien leider nicht zu erwarten.

Eine Gesellschaft ist nur so stark wie ihre Basis

– und diese wird vor allem durch die Arbeiterklasse getragen. Ohne ihren täglichen Einsatz wäre der Erhalt der städtischen Strukturen und Münsters Wohlstand nicht denkbar. Die Bürgerinnen und Bürger Münsters erkennen die Bedeutung dieser Grundlage. Nun ist es an der Zeit, dass die politischen Entscheidungsträger Verantwortung übernehmen und die Weichen für eine gerechtere Zukunft stellen.

Die Linke

Ratsfraktion Münster





Arnold Voskamp

Bewegte Zeiten

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

In der SPERRE ist viel in Bewegung. Lange Jahre war Thomas Krämer unsere ordnende Hand. Er ist jedoch an anderer Stelle sehr gefordert, darum hat er diesen Job weitergegeben an Christoph Theligmann. Herzlichen Dank, Thomas! Wir hoffen auch künftig etwas von dir zu lesen. Und auf dich, Christoph, freuen wir uns. Diese Ausgabe hast du schon verantwortet.

Thomas hat uns zum Abschied einen Artikel zum verschwundenen Klimageld hinterlassen, dem ist Thomas jetzt in sinnvoller Konsequenz und unter Decknamen gefolgt - geschrieben mit stets leichter, aber auch Doktoren würdiger Hand (siehe Seite 38).

Ebenfalls im Großen ist viel Bewegung zu sehen. Denn auch die Ampelregierung ist dem Klimageld gefolgt, jetzt ist sie weg. Mit dem Nachlass haben wir nun zu tun. Es ist wieder Volkssport geworden, nach unten zu treten. Bürgergeld und Renten sollen zu hoch sein, sagt man. Die Familien sollen auf die Kindergrundsicherung verzichten. Berufliche Eingliederung wird gekürzt. Integrationsförderung für Eingewanderte, Beratung oder Sprachkurse stehen auf der Streichliste.

Die Kürzung der Arbeitsmarktförderung, mit der Langzeitarbeitslose ans berufliche Arbeiten herangeführt werden, trifft auch „Kleines“. Unser Arbeitslosenzent-

trum MALTA im Hof des cuba bietet Hilfen bei Anträgen, erklärt Briefe von Arbeitsämtern, ist Raum zur Begegnung, Hilfe zum Deutsch-Lernen und so weiter. Jobcenter oder Arbeitsagentur haben gern das MALTA- Info aus dem Internet ausgedruckt und an Ratsuchende weitergegeben – damit die Ämter nicht selbst beim Beantragen helfen müssen. Bislang hat das Jobcenter unsere Arbeit mit Arbeitsmarktmaßnahmen gefördert. Im Juli war Schluss damit. Aktuell gibt's unsere Hilfe nur ehrenamtlich – außer einer kleinen Aufwandsentschädigung kann unser Verein nichts zahlen. Sogar dafür ist nicht genug da. Damit gerät das Angebot vollends in Gefahr. Das MALTA braucht personelle Hilfen und Geld!

SPERRE und MALTA sind im Bahnhofsviertel zuhause. Nirgendwo in Münster gibt es so viel Bewegung

und Begegnung wie hier. Menschen aus dem Viertel, ihre Geschichten und Visionen waren das Thema eines Projektes der cuba-Kultur „cuba_construction – Remix of Bahnhofsviertel“ mit Ausstellung, Musik und anderen Veranstaltungen vom 22.8. bis 22.11. 2024. Bilder aus der Ausstellung finden sich verstreut in diesem Heft. Viel Spaß beim Angucken und das Lesen nicht vergessen, das wünscht

Arnold Voskamp



Marie Theres Nolde

In guten, wie in schlechten Zeiten...

Mit unserem Spendenwerk unterstützen wir die Vereine und Organisationen in unserer Region. Machen Sie mit.

So funktioniert's:

- ✓ Projekt einstellen.
- ✓ Spenden sammeln.
- ✓ Idee verwirklichen.



Alles Infos & Anmeldung:
www.spendenwerk-ms.de



Stadtwerke
Münster

Abfallwirtschafts-
betriebe Münster

STADT MÜNSTER

awm

alle wirken mit!

BRANDGEFÄHRLICH FALSCH ENTSORGTE AKKUS UND BATTERIEN!

Akkus und Batterien sind kein Fall für die Tonne, sondern nur für den Recyclinghof oder die Rückgabe an den Handel!



Weitere Infos zur Entsorgung:
awm.muenster.de/brandgefahr





Aiko Kösters

11 Im neuen Jahr spart Münster beim Öffentlichen Nahverkehr

Münsters Sparmaßnahmen, das betrifft auch die städtische Verkehrspolitik. Vor allem wenig Betuchte sind auf eine bezahlbare Fortbewegung angewiesen. Kein Trost, dass sich das Mobilitätsgefährdeter anno dazumal schon mal in gefestigteren Bahnen bewegt hatte.

16 Angebot von Büchern in einfacher Sprache

Das gibt es in Münster! Einen Buchverlag in verständlicher Sprache. Die Welt wird komplizierter, die Sprache wird einfacher: *Der Spaß am Lesen Verlag* macht's möglich.



Ministerin Claudia Roth und Verleger Bleekveldt

18 Armut von Frauen im Alter

Alleinerziehende Mütter, überhaupt alleinstehende Frauen, aber auch die weiblichen MitbürgerInnen im Allgemeinen sind von der angestrebten Gleichstellung in Beruf und Alltag mitunter noch meilenweit entfernt. Die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich trifft sie besonders hart. Weibliche Altersarmut ist dann besonders schlimm.

IN EIGENER SACHE:

Liebe Frauen,

Armut ist oft weiblich. Das Armutsrisiko liegt dabei für Frauen besonders hoch. Wenn Du Dich angesprochen fühlst und Dir die Zeit bis zum Monatsersten sehr lang erscheint, bist du bei uns herzlich willkommen.

Wir möchten Dich einladen zum Frauentreffen nachmittags ins Malta, Achtermannstraße 10-12, Rufnummer 0251-4140553. Dieser findet immer donnerstags von 14 bis 18 Uhr statt. An jedem 1. Donnerstag im Monat findet von 16-18 Uhr ein Brunch statt.

Neben netten Gesprächen können wir Dir helfen bei Anträgen und anderen Anliegen. In der Hauptsache geht es uns aber um Vernetzung und Kontakt untereinander.

Zusammen ist Frau weniger allein.

INTRO

- 3 Editorial

TITEL

- 6 **Das große Interview mit Deutschlands bekanntestem Armutsforscher Prof. Dr. Butterwegge**
Die Sperre spricht mit ihm über Armut, die gegenwärtige und zukünftige Sozialpolitik und über die Lage im Lande im Allgemeinen

MÜNSTER

- 11 Nahverkehr
- 16 Spaß am Lesen

ZUM LEBEN ZU WENIG

- 18 Armut von Frauen im Alter
- 20 **Der Wetterbericht für das politische Klima 2025 vorhersagt heftige Tiefs und nicht minder krasse Niederschläge**
Was die vorgezogene Bundestagswahl für den Bereich Soziales bedeutet

ARBEIT & SOZIALES

- 23 **Aus der Innenwelt der cuba-Beratungsstelle Arbeit**
Ein spielerischer Workshop soll Benachteiligung und Diskriminierung vorbeugen

- 24 **Der Arbeits- und Sozialminister aus NRW Karl-Josef Laumann lässt grüßen**
Zum Interview kam es zwar nicht, doch im e-mail Austausch fanden sich dann doch Antworten auf dringliche Fragen

KOLUMNE

- 27 **Null-Nummer: Was ist heute noch liberal?**
Bei einer parteipolitischen Vertretung läuft gerade Vieles auf ein Auslaufmodell hinaus

KULTUR

- 28 **Zum Jahresende wird gelesen**
Eine Auswahl besinnlicher Lektüreschau im politischen Sachbuchbereich

ZUM FEST

- 32 **Vergesst nicht die Elenden und Ausgestoßenen!**
Wie und wo zur Weihnachtszeit geholfen werden kann

RUBRIKEN

- 33 NICHT SPERRIG
- 36 URTEILE
- 38 IMPRESSUM & AUS DER REDAKTION



Marie Theres Nolde

Butter statt Kanonen

Prof. Dr. Christoph Butterwegge im exklusiven SPERRE-Interview

Von Werner Szybalski



Foto/Illustration: Agneta Becker



In Deutschland, auch in Münster, nimmt die soziale Ungleichheit seit Jahren zu. Warum ist das so und welche Bedeutung haben die „Zeitenwende“ mit ihrer zusätzlichen Rüstungsanstrengung, welche Rolle spielt unsere Wirtschaftsstruktur, welche die Eigentumsverhältnisse und warum gibt es keinen gerechten Verteilungsmechanismus? SPERRE-Redakteur Werner Szybalski suchte Antworten beim Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge, der sich als wissenschaftlicher Armuts- und Reichtumsforscher einen Namen gemacht hat. Butterwegge ist aber auch politisch und zudem meinungsfreudig, wie dieses Interview zeigt.

SPERRE: Du warst am 28. Mai dieses Jahres zufällig in Münster, als der französische Präsident Macron im Historischen Rathaus den mit 100.000 Euro dotierten Internationalen Preis des Westfälischen Friedens für besonderes Engagement für Frieden und Verständigung der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe erhielt. Kurz zuvor hatte Emmanuel Macron, um einen russischen Sieg in der Ukraine zu verhindern, nicht ausgeschlossen, dass sich französische Bodentruppen auf Seiten der Ukraine am Krieg beteiligen könnten. Passt diese Überlegung des Präsidenten zum Friedenspreis?

Christoph Butterwegge: Überhaupt nicht. Es sind wahrlich makabre Zeiten, in denen wir leben. Da wird dem französischen Präsidenten ein Friedenspreis verliehen, obwohl er den russisch-ukrainischen Krieg eskalieren und die Weltkriegsgefahr

potenzieren will. Übrigens titelte die Süddeutsche Zeitung genau zwei Monate später „Raketen für den Frieden“, kurz nachdem Olaf Scholz am Rande des jüngsten NATO-Gipfels der Stationierung von „abstandsfähigen Präzisionswaffen“ in Deutschland zugestimmt hatte, und meinte es nicht etwa ironisch.

Dabei hatte Helmut Schmidt, sein Vorgänger als sozialdemokratischer Bundeskanzler, schon in dem 1961 erschienenen Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ erklärt, was die neue Aufrüstungsinitiative so abenteuerlich macht: „Landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Libyens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dicht besiedelte Gebiete; sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Alles, was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht.“

Tatsächlich sind Raketen – militärisch gesehen – Magneten, die

Prof. Dr. Christoph Butterwegge hat bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt und zuletzt die Bücher „Deutschland im Krisenmodus. Infektion, Invasion und Inflation als gesellschaftliche Herausforderung“ sowie „Umverteilung des Reichtums“ veröffentlicht.



Foto: Werner Szybalski

Gegenreaktionen herausfordern und die Kriegsgefahr erhöhen.

Deutschland rüstet massiv auf und will zudem wieder amerikanische atomare bestückbare Mittelstreckenwaffen stationieren. Aufrüstung kostet extrem viel Geld. Drängt sich die Frage auf, ob wir vor einer Entscheidung „Butter oder Kanonen“ stehen?

Christoph Butterwegge: Clemens Fuest, Chef des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, hat dies im Februar 2024 bei Maybrit Illner wie folgt begründet: „Kanonen und Butter, es wäre schön, wenn das ginge, aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht.“

Da hat der neoliberale Ökonom ausnahmsweise mal recht: Sozial- oder Rüstungsstaat heißt in der Tat die Alternative, wenn das „Sondervermögen Bundeswehr“ 2027/28 ausgeschöpft ist und der Militäretat laut Scholz und Pistorius schlagartig um 20, 25 oder 30 Milliarden Euro steigen muss, um das anvisierte Ziel von „mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts“ zu erreichen.

Schon wegen meines Familiennamens fordere ich: Butter statt Kanonen! Ich denke dabei in erster Linie an die Armen und sozial Benachteiligten, Fuest hingegen an die Reichen, etwa die (Groß-)Aktionäre der Rüstungskonzerne. Sinnvoller als

zusätzliche Rüstungsprojekte wären Mehrausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich, um Obdach- und Wohnungslosigkeit zu bekämpfen, den öffentlichen Wohnungsbau wiederzubeleben, der Kinderarmut entgegenzuwirken, den Pflegenotstand zu beseitigen und die Alterssicherung für abhängig Beschäftigte wieder auf eine solide Finanzierungsgrundlage zu stellen.

Zu befürchten ist jedoch, dass sich Wohnungsnot sowie Energie- und Ernährungsarmut infolge einer unsozialen „Sparpolitik“ ausbreiten. Denn die stark gestiegenen Preise für Gas und Strom, aber auch bei Grundnahrungsmitteln wie Brot, Mehl, Speiseöl, Eiern oder Nudeln, bedeuten für Menschen, die schon vor dem Ukrainekrieg kaum über die Run-

den kamen, dass sie den Gürtel noch enger schnallen müssen. Die große Mehrheit der Bevölkerung kann sich staatliche Austerität nicht leisten.

Münster ist eine reiche Stadt, in der die Armut relativ gut versteckt ist. Woran liegt es, dass sich in gut situierten bürgerlich-konservativen – in Münster kommt sicherlich noch katholisch geprägten hinzu – Städten sich von Armut bedrohte und natürlich auch die

in Armut lebenden Menschen nicht offener zeigen?

Christoph Butterwegge: Da man die Armen hierzulande in aller Regel selbst für ihre soziale Misere verantwortlich macht, statt in der wachsenden Ungleichheit ein strukturelles Problem zu sehen, schämen sich die Betroffenen. In der Öffentlichkeit gelten sie als „Drückeberger“, „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer“, die „uns Steuerzahlern“ auf der Tasche liegen. Wer so tituliert und in fast allen Lebensbereichen diskriminiert wird, resigniert meist

„Landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Libyens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dicht besiedelte Gebiete...“ (Helmut Schmidt, 1961)

und versteckt sich lieber so gut es geht, was es übrigens schwerer macht, Armut und soziale Ungleichheit zu bekämpfen.

Was ist unter „absoluter“ und „relativer Armut“ zu verstehen?

Christoph Butterwegge: Es gibt keine allgemein verbindliche Definition von Armut, sondern in der Fachliteratur bloß den Versuch, das Problem durch die Unterscheidung

zwischen absoluter, extremer oder existenzieller Armut einerseits sowie relativer Armut andererseits zu klären.

Von absoluter Armut ist betroffen, wer seine Grundbedürfnisse nicht zu befriedigen vermag, also die für das Überleben notwendigen Nahrungsmittel, sicheres Trinkwasser, eine den klimatischen Bedingungen angemessene Kleidung und Wohnung sowie eine medizinische Basisversorgung entbehrt.

„Noch immer spielt der Niedriglohnsektor als Haupteinfallstor für Erwerbs-, Familien- und Kinderarmut wie für spätere Altersarmut eine Schlüsselrolle.“

Von relativer Armut ist betroffen, wer sich vieles von dem nicht leisten kann, was für fast alle übrigen Mitglieder einer wohlhabenden Gesellschaft als normal gilt, also mal ins Kino oder ins Theater zu gehen, aber auch, sich mit Freunden im Restaurant zu treffen. Während die absolute Armut eine existenzielle Mangelerscheinung ist, verweist die relative Armut auf den Wohlstand, der sie hervorbringt. In einer so reichen Gesellschaft wie der unseren ist Armut nicht gott- oder naturgegeben, sondern vorwiegend systemisch, dass heißt durch die bestehenden Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse bedingt.

Welche Gruppen in Deutschland sind warum besonders von Armut betroffen? Reicht der Mindestlohn, um Armut zu entkommen?

Christoph Butterwegge: Besonders vulnerable Personengruppen können sich den bestehenden Verhältnissen schwer entziehen, weil sie aufgrund ihrer schwachen Stellung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung strukturell benachteiligt oder diskriminiert werden.

Waren nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst vor allem viele Rentnerinnen arm, bis die Große Renten-

reform 1957 das Problem abmilderte, lösten Kinder und Jugendliche sie in den späten 1980er-Jahren als Hauptbetroffenengruppe ab.

Mit der Agenda 2010 und Hartz IV hat sich die Situation insofern verändert, als die rot-grüne Reformpolitik die Lage von Millionen Langzeit- bzw. Dauererwerbslosen und ihren Familien spürbar verschlechtert und besonders durch das Abdrängen der Langzeiterwerbslosen, die vorher Arbeitslosenhilfe erhalten hatten, in den Fürsorgebereich mit seinen für alle gleich niedrigen Transferleistungen dazu beigetragen, dass sich die Kinderarmut beinahe verdoppelte.

Noch immer spielt der Niedriglohnsektor als Haupteinfallstor für Erwerbs-, Familien- und Kinderarmut wie für spätere Altersarmut eine Schlüsselrolle. Der gesetzliche Mindestlohn schottet den Niedriglohnsektor nach unten ab, bringt ihn jedoch bisher nicht zum Verschwinden.

Die Kürzungen im Bundeshaushalt 2025 wirken sich auch direkt auf Münster und dessen Jobcenter aus. Wegen der Streichungen werden insbesondere Mittel für Langzeitarbeitslose knapp, die

1-Euro-Jobs oder eine Arbeitsgelegenheit gemäß § 16i SGB II haben. Bei Asyl-Suchenden und Langzeitarbeitslosen wird gekürzt und das Bürgergeld 2025 nicht erhöht – geht der Sozialstaat vor die Hunde?

Christoph Butterwegge: Zwar hat Olaf Scholz auf dem letzten SPD-Bundesparteitag im Dezember 2023 unter lautem Beifall der Delegierten versprochen, dass es keinen Abbau des Sozialstaates geben werde. Gleichwohl folgt der außen-, energie- und militärpolitischen Zeitenwende, die Scholz zu Beginn des Ukrainekrieges ausgerufen hat, jetzt mit leichter Verzögerung eine wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Zeitenwende.

Das erste Opfer der sozialpolitischen Zeitenwende war die Kindergrundsicherung, aber weitere Maßnahmen, die Armen und Angehörigen der unteren Mittelschicht besonders schaden, dürften folgen, es sei denn, dass sich massiver Widerstand regt.

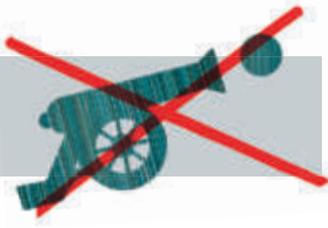
Stichwort Kinderarmut. Warum werden reiche Eltern häufig besser von der Bundesregierung unterstützt als Erziehungsberechtigte von armen oder von Armut bedrohten Kindern?

Christoph Butterwegge: Wer reich ist, ist auch politisch einflussreich.



Foto: Werner Szybalski

Das neue Buch von Christoph Butterwegge „Umverteilung des Reichtums“ erschien im Mai 2024 im Papyrossa Verlag



Das sieht man am deutlichsten an der Steuergesetzgebung, die Scheu-entoren gleichende Schlupflöcher für Kapitaleigentümer geschaffen hat. Hingegen fehlt den Armen eine Lobby, die mächtig genug ist, um die Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Ist „Umverteilung des Reichtums“, der Titel Deines jüngsten Buches, die Lösung?

Christoph Butterwegge: Aufgrund der bestehenden Wirtschaftsstrukturen, Eigentumsverhältnisse und Verteilungsmechanismen werden die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher.

Tagtäglich findet Umverteilung statt – allerdings nicht von Oben (den viel Besitzenden) nach Unten (den hart Arbeitenden), sondern

von Unten nach Oben: Unternehmensprofite, Veräußerungs- und Kursgewinne der Aktionäre, Dividenden, Zinsen sowie Miet- und Pächterlöse von Immobilienkonzernen fließen überwiegend in die Taschen materiell Bessergestellter, sind aber normalerweise von Menschen erarbeitet worden, die erheblich weniger Geld haben, oft nicht einmal genug, um in Würde leben zu können.

Deshalb muss Umverteilung künftig in die entgegengesetzte Richtung stattfinden – als Rückverteilung des Reichtums von Oben nach Unten, also zu denjenigen Menschen, die ihn geschaffen und nicht geerbt haben. Der wichtigste Hebel dafür ist eine andere Steuerpolitik, die Wohlhabende, Reiche und Hyperreiche stärker belasten müsste, um eine konsequente Armutspräven-

tion und -bekämpfung des Staates zu finanzieren, die viel Geld kostet. Will man die soziale Ungleichheit nicht bloß reduzieren, sondern darüber hinaus die Entstehung weiterer Ungleichheit dauerhaft verhindern, muss man auch ihre strukturellen Ursachen beseitigen und das kapitalistische Gesellschaftssystem überwinden.

Du bist zwar nicht Mitglied, warst aber Kandidat der Linkspartei bei der Bundespräsidentenwahl 2017. Inzwischen zeigt DIE LINKE – nicht erst als sich die Bundestagsfraktion spaltete – vielerorts Auflösungserscheinungen. Woran liegt das?

Christoph Butterwegge: Das hat sicher viele Gründe. Einer ist der, dass Die LINKE nicht mehr als konsequente Interessenvertreterin der sozial Benachteiligten wahrgenommen wird und auch weder zum Ukraine-krieg noch zu den Waffenlieferungen





Foto: Werner Szybalski

Statt die Armen im eigenen Land stärker zu unterstützen, haben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP allein in diesem Jahr acht Milliarden Euro für Militärhilfe an die Ukraine ausgegeben.

und den Sanktionen klar genug Stellung genommen hat.

Habituell fühlen sich eher Angehörige der urbanen Mittelschicht von der Partei angesprochen, die nach den verheerenden Wahlniederlagen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg um ihre Fortexistenz bangen muss.

Deine Frau Carolin Butterwege ist Mitglied im Bündnis Sahra Wagenknecht. Ist das BSW auch für Dich eine mögliche politische Heimat?

Christoph Butterwege: Nein. Ich fühle mich weiterhin als ideeller Gesamtlinker, der keiner Partei beitrifft, sondern für ein breites Bündnis wirbt, in dem BSW-Anhängerinnen und -Anhänger ebenso ihren Platz haben müssen wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Grüne und LINKE. Auch in den „bürgerlichen“ Parteien CDU, CSU und FDP gibt es übrigens viele Mitglieder, die für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten, ohne dass ihre Führungen dem Rechnung tragen.



2025 wird ein neuer Bundestag gewählt. Die Ampelkoalition ist selbst für den ehemaligen grünen Parteichef Omid Nouripour bereits vor ihrem Aus nur eine „Übergangsregierung“ gewesen. Woran ist die Koalition von SPD, Grünen und SPD gescheitert und warum ist trotz einiger eingeführter sozialer Verbesserungen wie der Anhebung des Mindestlohns oder Einführung des Bürgergeldes die Meinung bei den abgehängten Menschen in Deutschland zur Ampel so schlecht?

Christoph Butterwege: Man hat etwa beim Bürgergeld durch die Verschärfung der Sanktionen und Leistungskürzungen eine Rolle rückwärts vollzogen und ist von einer „Fortschritts-“ zu einer sozialpolitischen „Rückschritts“-Koalition geworden.

Statt die Armen im eigenen Land stärker zu unterstützen, haben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP allein in diesem Jahr acht Milliarden Euro für Militärhilfe an die Ukraine ausgegeben. Daher muss die soziale Frage inhaltlich mit der Friedensfrage verbunden, der außerparlamentarische Druck auf die Regierenden erhöht und der Widerstand durch gemeinsame Aktionen von Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Globalisierungskritikern sowie Klimagerechtigkeits- und Friedensbewegung gestärkt werden. Gelingen kann das, weil die Zahl derjenigen gewaltig ansteigen dürfte, die „den Gürtel enger schnallen“ müssen, obwohl er ihnen schon auf den Knochen sitzt, damit Deutschland nach den Wünschen „kriegstüchtig“ wird.

Wohlstandseinbußen, die Millionen Menschen weit über den Kreis der Transferleistungsbeziehenden und -bezieher hinaus treffen, denen die FDP keine Erhöhung der Regelbedarfe mehr zugestehen will, bleiben nicht folgenlos. Arme versetzt diese Politik in einen sozialen Ausnahmezustand, aber auch die Mittelschicht gerät zunehmend unter Druck. ■

Christoph Butterwege
live in Münster

Mittwoch, 22.01.2025
15:30 Uhr Bennohaus

**UMVERTEILUNG
DES REICHTUMS**



caaba_construction -
Remix of Bahnhofsviertel
Aiko Kösters

Nahverkehrsabos: Sonderweg in Münster

Kein Deutschlandticket Sozial in Münster

Von Werner Szybalski

Das Busfahren in Münster wird im kommenden Jahr teurer – dies gilt insbesondere für die wirtschaftlich schwächsten Einwohner*innen in der Stadt, denn die Vergünstigungen beim Deutschlandticket für Schüler und auch beim Münster-Abo für Inhaber*innen eines Münster-Passes sollen gestrichen werden. Klar sein dürfte, dass Busfahren für Ärmere in der Domstadt auf jeden Fall weniger günstig als im laufenden Jahr sein wird, zumal auch das Deutschlandticket ab Januar neun Euro teurer im Monat sein wird.

Gerade Bürgergeldempfänger*innen werden im nächsten Jahr von einer neuen Regierung in Berlin und voraussichtlich auch von der grün-rot-violett-internationalen Ratsmehrheit in Münster nicht verwöhnt. Die SPD drückte in Berlin eine Nullrunde für Bürgergeldempfänger*innen durch, weitere Maßnahmen beim Bürgergeld, welches 2025 auch anders heißen dürfte, werden folgen. Seit Sommer 2024 vergangenen Jahres müssen Hartzler*innen ihren Kabelanschluss ohne öffentliche Förderung bezahlen und das Busfahren wird auch teurer. Offensichtlich sind die in prekären finanziellen Verhältnissen lebenden Menschen nicht im zentralen Blick der Regierenden. Die Sperre-Redaktion hat bei den Ratsfraktionen und der Voltgruppe

nachgefragt, wie es um die Subventionen im ÖPNV in Münster steht. Endgültig entschieden wird darüber in den Haushaltsberatungen am 11. Dezember dieses Jahres.

Über eine Million städtischer Zuschuss in 2024

Seit dem 1. August 2023 gibt es das Münster-Abo für zunächst rund einen Euro am Tag. Es kostete zunächst 29 Euro und ab August dieses Jahres 30,40 Euro. Für 4420 Inhaber*innen des Münster-Passes gibt es dieses lokale Ticket bis zum Jahresende für 21 Euro. Um diesen Preis bieten zu können, gibt das Sozialamt Münster im Jahr 2024 insgesamt 455.220 Euro an Zuschuss.

Auch die 858 Besitzer*innen des auslaufenden 60-Plus-Abos der



Foto: Agneta Becker

Stadtwerke erhalten dieses vorher 31 Euro und ab August 32,60 Euro teure Ticket, sofern sie im Besitz des Münster-Passes sind, mit städtischem Zuschuss je Aboinhaber*in von 15,50 Euro bis Ende Juli und 16,60 Euro danach. Insgesamt bringt das Sozialamt dafür 164.307 Euro auf.

Deutschlandtickets Sozial in Steinfurt schon für neun Euro im Monat

Mit diesen beiden Abos, so scheint es, haben Politik und Verwaltung genügend für Münsters ärmere Erwachsene mit Mobilitätsbedarf getan, denn die Einführung des „Deutschlandtickets Sozial“ wurde bislang von keiner Partei im Rat vorgeschlagen. Das D-Ticket ist auch in seiner sozialen Variante bundesweit gültig. In den Genuss dieses

Deutschlandtickets Sozial kommen laut Webseite des regionalen Nahverkehrsunternehmens RVM alle Bezieher von Sozialleistungen in den Münsterlandkreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf. Es kostet aktuell in den Kreisen Coesfeld und Warendorf 39 Euro im Monat. In den Kreisen Borken und Steinfurt hingegen ist das Deutschlandticket Sozial für Personen über 21 Jahren schon für 25 Euro pro Monat und für Personen unter 21 Jahren sogar für nur neun Euro pro Monat zu haben. Preise, von denen jungen Menschen in Münster träumen, oder?

Deutschlandweites Schülerticket für elf Euro oder sogar sechs Euro

Es ist nicht wirklich nötig, von den Preisen im Umland zu träumen, denn aktuell erhalten nicht Freifahrt

berechtigte 1760 Schüler*innen aus Münster das 29 Euro teure, bundesweit gültige D-Ticket für Schüler für elf Euro – also nur maximal zwei Euro mehr. Weitere Freifahrt berechnete 1225 Schüler*innen, darunter 230 Volljährige, in Münster brauchen sogar nur sechs Euro für das Ticket zu lohnen. Weitere 263 Schüler*innen mit gleichfalls zur Freifahrt berechtigten Geschwistern zahlen sogar nur drei Euro im Monat für ihr Deutschlandticket.

Dies kostet das Sozialamt der Stadt Münster im Jahr 2024 zusammen 398.190 Euro im laufenden Haushaltsjahr. Zusammen bezuschusst die Stadt Münster also die Nahverkehrstickets für Einwohner*innen mit Münster-Pass und Schüler*innen mit voraussichtlich 1.017.757 Euro in diesem Jahr. Hinzu kommen rund 60.000 Euro Verwaltungskosten. Finanziell unterstützt wird Münster allerdings durch zweckgebundene Förderung durch das Land NRW. Laut Auskunft von Martin Fuser vom städtischen Presseamt wird das in 2024 in Höhe von rund 525.000 Euro erfolgen.

Der städtische Anteil in den Ausgaben für das Deutschlandticket Schule und vergünstigte Tickets für Münster-Pass-Inhaber*innen „sinkt“ im Haushalt 2024 damit auf rund 660.000 Euro.

Toleranz!

Offenheit!

Vielfalt!

Der Paritätische in Münster.

Ihr Kontakt für Soziale Arbeit

Der Paritätische
Kreisgruppe Münster
Dahlweg 112 | 48153 Münster

Tel.: 0251 61 85 0
muenster@paritaet-nrw.org
www.muenster.paritaet-nrw.org

Partner für soziale Arbeit.

Ihr Kontakt für Selbsthilfe-Themen

Der Paritätische
Selbsthilfe-Kontaktstelle Münster
Dahlweg 112 | 48153 Münster

Tel.: 0251 60 93 32 30
selbsthilfe-muenster@paritaet-nrw.org
www.selbsthilfe-muenster.de

Selbsthilfe macht stark.

Was will die Verwaltung für 2025 streichen?

Angesichts der „angespannten Haushaltssituation“ sei, so Martin Fuser auf Sperre-Nachfrage, die Stadt Münster gezwungen, für 2025 alle Aufwendungen kritisch zu hinterfragen. Dies gelte besonders für freiwillige Aufwendungen. Zu diesen zählt der Preisnachlass bei Nahverkehrstickets.

„Besonders zu berücksichtigen ist, dass in diesem Fall faktisch eine dreifache Förderung für eine Maßnahme – preisgünstige Mobilität innerhalb von Münster – vorliegt“, unterstrich Fuser: „Durch die Einführung des Münster-Abos wurde preisgünstige Mobilität für alle geschaffen. Mit einem anfänglichen Betrag von 29 Euro, der sich

Im Jahr 2025 sollen keine städtischen Mittel außerhalb der Förderung des Münster-Abos für Nahverkehrstickets zur Verfügung gestellt werden.

seit dem 1.8.24 auf 30,40 Euro erhöht hat, liegen die Kosten deutlich unter dem Anteil, der bei der Gewährung von Sozialleistungen in dem Regelhilfesatz enthalten ist. Für Bezieherinnen und Bezieher von SGB II-Leistungen sind dies 45 Euro, für SGB XII-Leistungen 40 Euro. Die Vergünstigung der Bus-Tickets für Münster-Pass-Inhaberinnen und -Inhaber erfolgt einerseits mit Fördermitteln des Landes, die für diesen Zweck gewährt werden, und aus Mitteln des allgemeinen Haushalts der Stadt“.

Wie Martin Fuser erklärte, sollen im Jahr 2025 keine städtischen Mittel außerhalb der Förderung des Münster-Abos für Nahverkehrstickets zur Verfügung gestellt werden. Die Landesmittel fließen



natürlich weiter, was aber – nach aktuellem städtischen Plan – die Abopreise für Inhaber*innen des Münster-Passes und Schüler*innen steigen lässt. Das Münster-Abo soll monatlich 4,40 Euro mehr kosten (25,40 Euro statt 21 Euro). Das 60-Plus-Abo wird im Münster-Abo aufgehen, wodurch – bei einem zeitlich ausgeweiteten Angebot (Busnutzung auch vor 9 Uhr) – der Preis um 9,40 Euro (25,40 Euro statt 16 Euro) erhöht wird.

Krasser Preisanstieg beim Deutschlandticket Schule

Heftig wird der Preissprung für nicht Freifahrt berechnigte Schüler*innen. Derzeit zahlen sie 11 Euro und im kommenden Jahr sollen sie mit 24 Euro satte 118 Prozent mehr monatlich zahlen müssen. Die Preise für die derzeit 1488 zur Freifahrt berechtigten Schüler*innen in Münster werden – dank der Landesförderung – nicht nur nicht mehr als verdoppelt, sondern bleiben sogar konstant.

Dies ist bislang „nur“ der Sparvorschlag aus der kommunalen Verwaltung. Ob die Ratsmehrheit Münsters Stadtkämmerin Christine Zeller folgen wird, steht in den Sternen. Da es dort, im Wolkenkuckucksheim, schlecht zu lesen ist, fragte die Sperre-Redaktion bei den Ratsfraktionen und der Voltgruppe nach, wie sie mit diesen Vorschlägen der Verwaltung umgehen wollen.

Was plant aktuell die lokale Politik?

Für die Ratsopposition ist die Sachlage klar. CDU und FDP wollen weder kommunal finanzierte ÖPNV-Vergünstigungen für Schüler*innen noch für Inhaber*innen des Münster-Passes. Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Rat der Stadt, Jörg Berens, machte auf Nachfrage deutlich: Wir „sehen den Münster Pass seit jeher kritisch. Seit der Einführung des »Bürgergeldes«, mit dem auch eine Steigerung inbegriffen war, ist aus unserer Sicht ein Münster-Pass nicht mehr notwendig beziehungsweise sinnvoll.“ Für Stefan Weber, Fraktionsvorsitzender der CDU, sind mehr „Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur vorrangig. Kein Ticket hilft, wenn der Bus nicht fährt und die Bahn nicht kommt. Die Ausdünnung der Buslinien in Münster ist ein beredtes Beispiel für den verschlechterten Zustand.“

Auch Oliver Koch, Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Rat der Stadt Münster, lässt für die größte Fraktion der Ratsmehrheit durchblicken, dass die Einsparungen im kommenden Jahr auch die Ärmsten in der Stadt treffen dürften: „Für uns steht fest, dass der öffentliche Nahverkehr auch weiterhin allen Menschen in Münster als günstige Mobilitätsform zur Verfügung stehen muss. Klar ist aber, dass in Zeiten großer kommunaler Finanznot freiwillige Leistungen der Stadt

überprüft werden müssen. Dazu gehören auch Tickets.“

Die beiden Partnerparteien der Grünen in der „Münster-Koalition“, SPD und Volt, haben die Sperre-Fragen unbeantwortet gelassen. Auch die Mixedkoalition der drei Einzelratsherren Krapp (ÖDP), Dr. Tsakalidis und Nowak (Die Partei), die in den vergangenen Jahren der Koalition zur Mehrheit verhalf, antworteten nicht. Nicht im Fahrwasser der Grünen ist die oppositionelle Fraktion der Linkspartei.

Linke will Förderung fortsetzen

Für die Linke im Rat der Stadt teilte Fraktionsgeschäftsführer Max Glag-

la mit: „Grundsätzlich befürworten wir die Einführung und Fortführung von vergünstigten ÖPNV-Angeboten für Schüler*innen und Inhaber*innen des Münster-Passes auch im Jahr 2025. Dies steht im Einklang mit unserem Kommunalwahlprogramm, in dem wir uns für einen unentgeltlichen ÖPNV einsetzen, mit einem Zwischenschritt von 365 Euro pro Jahr und einem vergünstigten Sozialtarif.“ Derzeit diskutiere ihre Fraktion einige weitere Vorschläge: die kostenlose Nutzung des ÖPNV in Münster für unter 17-Jährige, die Beibehaltung des 11-Euro-Preises für das Deutschlandticket Schule für Münster-Pass-Inhaber*innen beziehungsweise ein kostenfreies Deutschlandticket Schule für alle Schüler*innen.

P.S.:

Der Preis bestimmt auch im Verkehr die Musik. Die Verteuerung des D-Tickets und insbesondere die geplanten Kürzungen im städtischen Haushalt widerstreben allen politischen Beteuerungen zum Klimawandel – in Deutschland, aber auch in Münster.

Die Inhaber*innen des Münster-Passes werden durch die geplanten Kürzungen in ihrer Mobilität weiterhin auf die Stadt begrenzt und zudem ungefähr den Preis für ein warmes Essen monatlich mehr zahlen. Den fast 1800 Schüler*innen wird durch die Steigerung um rund 218 Prozent einfach Mobilität entzogen. Dem Klimaschutz und dem Portemonnaie schadet beides. (ws) ■

Deutschlandticket Sozial in Münster nicht erwünscht

Im Herbst 2023 wurde vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW in Absprache mit einem Arbeitskreis der ÖPNV-Branche die Einführung eines „Deutschlandticket Sozial“ (DTS) für „einkommensschwächere“ Bürger empfohlen (zum Preis von 39 €, also 10 € günstiger als das normale Deutschlandticket). Die einzelnen Kommunen

sollten dies, mit Landesmitteln gefördert, praktisch umsetzen, waren aber nicht dazu verpflichtet. Gleichwohl wurde das DTS dann in 27 von 31 Landkreisen ermöglicht, von den 22 kreisfreien Städten in NRW machten 21 mit - nur EINE bis heute NICHT: MÜNSTER!

Die regierenden Kräfte in der hiesigen Kommunalpolitik ignorieren das Thema wohl weitgehend. Auf Anfrage an das Büro des Oberbürgermeisters hin wurde mitgeteilt, dass die „politischen Vertreter“ (wer immer das sei!) eine Einführung des DTS aufgrund des äußerst engen Finanzspielraums der Stadt für nicht machbar hielten. Außerdem habe es auch von keiner Ratsfraktion einen Antrag zum Thema gegeben! Die Vermutung liegt nahe, dass die Experten für Sozialpolitik im Stadtrat an diesem Thema parteiübergreifend nicht übermäßig interessiert sind.

Was sollen wir von solch provinzieller Merkwürdigkeit halten? Ist unsere Stadt wirklich die einzige in

Deutschlandticket Sozial	
Ja!	
Landkreise:	
Aachen / Städteregion	Minden-Lübbecke
Borken 25 €	Oberbergischer Kreis
Coesfeld	Recklinghausen
Düren	Rhein-Erft-Kreis
Ennepe-Ruhr-Kreis	Rhein-Kreis Neuss
Euskirchen	Rhein-Sieg-Kreis
Gütersloh	Rheinisch-Bergischer-Kreis
Heinsberg	Soest
Herford	Steinfurt 25 €
Hochsauerland-Kreis	Unna
Kleve	Viersen
Lippe	Warendorf
Märkischer Kreis	Wesel
Mettmann	
Kreisfreie Städte:	
Bielefeld	Herne
Bochum	Köln
Bonn	Krefeld
Bottrop	Leverkusen
Dortmund	Mönchengladbach
Düsseldorf	Mülheim
Duisburg	Oberhausen
Essen	Remscheid
Gelsenkirchen	Solingen
Hagen	Wuppertal
Hamm	
Nein!	
Landkreise:	
Höxter	Paderborn
Olpe	Siegen-Wittgenstein
Kreisfreie Städte:	
Münster	

ganz NRW, die sich das DTS absolut nicht leisten kann? Alle anderen aber wohl? Da kommen doch erhebliche Zweifel auf! Kritische Beobachter munkeln gar von einer sozial- und verkehrspolitischen Blamage des Stadtrats. Wir sind geneigt, DIESER Einschätzung zu folgen! ■

Berthold Schulte



Foto: Berthold Schulte



Foto: Wolfgang Bensberg

Straßenbahn für Münster

Pro Bahn sieht die Zukunft auf der Schiene

Bis vor 70 Jahren ruckelte die „Elektrische“, wie die seit Anfang des vergangenen Jahrhunderts in Münster verkehrende Straßenbahn bei den Einheimischen hieß, durch die Innenstadt und hinaus nach Uppenberg, Mauritz, Geist und Klein-Muffi. Nach 53 Jahren war dann 1954 Schluss mit der „heulenden Kurve“ auf dem Alten Steinweg und den anderen rund zwölf Kilometer Schienen in der Innenstadt von Münster.

Zunächst der elektrische Oberleitungsbus und dann zügig die Dieselsebusse ersetzen die Tram, die eine Gruppe unter dem Dach von Pro Bahn Münsterland nun wiederbeleben will.

Professor Wolfgang Seyfert von der Straßenbahn-Initiative Osnabrück berichtete Ende Oktober auf einer Pro-Bahn-Veranstaltung in der B-Side, dass die ökologisch sehr verträgliche Mobilität auf Schienen und mit Elektroantrieb weltweit eine Renaissance feiere.

Schon seit geraumer Zeit setzten insbesondere Städte in den französischsprachigen Ländern (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Kanada) auf den Aus- und Neubau von Straßenbahnen. Für Osnabrück ist eine 80.000 Euro teure Machbarkeitsstudie eines Dresdener Planungsbüros grundsätzlich positiv für die Reaktivierung der Tram in Osnabrück ausgefallen.

Pro Bahn will Machbarkeitsstudie zur Straßenbahn in Münster

„Noch zögere die lokale Politik und die Verkehrsbetreiber und -planer in Osnabrück bremsen sogar“, berichtete Seyfert, der aber trotzdem Pro Bahn Münster zur Gründung einer Initiative riet. Bei den zahlreich anwesenden Straßenbahnfreund*innen, die überraschend gut im Thema waren, fand Wolfgang Seyfert viel Gehör.

„Wir werden eine Gruppe gründen, die einen Ratsbeschluss zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie durchsetzen soll“, erklärte anschließend ein Pro-Bahn-Sprecher. Professor Wolfgang Seyfert sieht dies positiv und verdeutlichte zum Abschluss: „In Städten der

Münster ist in Deutschland die nach Einwohner*innen gemessen größte Stadt, die nicht im Besitz einer Straßenbahn ist.

Größe von Münster und Osnabrück brauchen Fußgänger*innen gut funktionierenden ÖPNV. Die Städte mit hohem ÖPNV-Anteil haben natürlich eine Tram.“ Münster ist in Deutschland die nach Einwohner*innen gemessen größte Stadt, die nicht im Besitz einer Straßenbahn ist. (ws) ■

gruene-muenster.de

Hürden abbauen

Chancen eröffnen

Schutz bieten

Beratung ermöglichen

DAS KANN BÜRGERGELD:

Bürgergeld sichert das Existenzminimum und hilft, eine langfristig passende Arbeit zu finden.
Wir verteidigen das Bürgergeld und fordern die Abschaffung der Sanktionen.

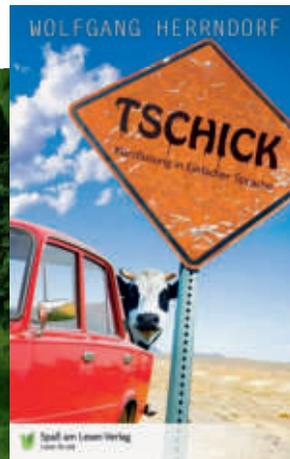
Spaß am Lesen

Verlag aus Münster fördert die Teilhabe von Menschen, die nicht lesen können

Von Arnold Voskamp



Verleger Ralf Beekveldt und das "Spaß am Lesen"-Team
Fotos: Spaß am Lesen Verlag



an Jugendliche und Erwachsene richten – mit anspruchsvollen Themen, aber in Leichter oder in Einfacher Sprache geschrieben. Die Bücher sind also nicht in Kindersprache geschrieben. Alle diese Bücher erscheinen beim *Spaß am Lesen Verlag* hier vor Ort in Münster.

„Leichte Sprache“ soll Menschen mit geringen sprachlichen Fähigkeiten das Verstehen von Texten vereinfachen. Leichte Sprache heißt: „Zusammen-gesetzte“ Wörter bekommen einen Bindestrich. Es gibt nur Hauptsätze. Die Sprache benutzt nur Aktiv und kein Passiv und so weiter.

In Deutschland gibt es über 6 Millionen Menschen, die nicht lesen und schreiben können, oder sie können einzelne Worte oder Sätze, aber kaum einen ganzen Text verstehen. Eine weitere ebenso große Gruppe von Menschen tut sich schwer, einen ganzen zusammenhängenden Text zu lesen. Viele brauchen Hilfe beim Ausfüllen eines Formulars oder beim Lesen vom Beipackzettel eines Medikaments. Der *Spaß am Lesen Verlag* in Münster bietet speziell für diese Menschen ein ständig wachsendes Angebot an leichter lesbaren Büchern und Zeitungen. Im Oktober hat der Verlag auf der Frankfurter Buchmesse einen Preis bekommen. Wofür, und wie ist es dazu gekommen.

Einfache Sprache übersetzt: Das geht schon hoch hinaus.

Der *Spaß am Lesen Verlag* bemüht sich, den Reiz an Büchern zu wecken. Die Auswahl der Bücher sind meist Bücher aus dem allgemeinen Buchmarkt und angepasst an die Lesefähigkeiten von „gering literarisierten Menschen“. Bücher in normaler Sprache werden „übersetzt“, die Sprache und die Plots werden so einfacher, Zeitsprünge und Rückblenden vermieden. Die Übersetzungen sind oft von Autoren geschrieben, die selbst einen hohen literarischen Anspruch haben und es verstehen, eine Geschichte zu einem Buch zu machen.

Eine anfängliche Kritik war: das Vereinfachen verblödet die deutsche Sprache. Jedoch gibt es auch diese Rückmeldungen: „Das war das erste Mal, dass ich ein ganzes Buch gelesen habe.“ In vielen Fällen wird ein solches Erfolgserlebnis dazu führen,

Aminata ist etwas über 20 Jahre alt, als sie nach Deutschland kommt. Sie spricht kein Deutsch, ja sie kann nicht mal lesen und schreiben. Wegen eines Problems in der Familie war sie die Einzige unter ihren Geschwistern, die nicht zur Schule geschickt wurde. Darüber ist sie sehr traurig. Aminata will lesen und schreiben lernen, damit sie hier arbeiten kann. Es gibt spezielle Deutsch-Integrationskurse für Analphabeten, Aminata muss jedoch lange darauf warten. So habe ich fast täglich mit ihr lesen und schreiben geübt.

Analphabeten

Eine Leseschwäche werden meist eingewanderte, geflüchtete Menschen haben, denken viele. Jedoch übersieht das die größere Gruppe, der hier geborenen deutschen Menschen: Es gibt auch Menschen mit einer Behinderung oder Menschen mit einer Lese-Rechtschreib-Schwäche (Legastheniker) oder alte Menschen, die nie zum Lesen gefunden haben.

Aminata will lernen, sie kommt gut voran. Eine Hilfe waren dabei „kleine“ Bücher aus der Stadtbücherei, die sich

ein zweites oder weiteres Buch in die Hand zu nehmen.

Bekannte Namen sind im *Spaß am Lesen Verlag* vertreten

Im Verlagsprogramm finden sich Bücher zu bekannten Filmen oder literarischen Bestsellern. Sie können zum Lesen verführen. „Ziemlich beste Freunde“ war als Film ein großer Erfolg. Es ist die Geschichte des querschnitts-gelähmten Philippe Pozzo di Borgo und seines Pflegers. Als Buch in einfacher Sprache hatte das 2013 für den Verlag den Durchbruch gebracht. Höchstpersönlich hatte sich Wolfgang Herrndorf dafür eingesetzt, dass sein Buch „Tschik“ in einfacher Sprache herauskommt, es ist heute der Bestseller im Verlag. Sebastian Fitzek hat gern die Lizenz für seine Krimis gegeben. Heute ist er Schirmherr für Alphabetisierung. Auch der erfolgreich verfilmte Roman „Der Gesang der Flusskrebse“ von Delia Owens ist im Verlag erschienen.

Neben Romanen sind inzwischen verschiedene Sachbücher im Programm des Verlages. Die leicht lesbare Zeitung „Klar & Deutlich“ erscheint gedruckt einmal im Monat, außerdem gibt es zwei digitale Wochenzeitungen.

Deutscher Verlagspreis 2024

Der Name *Spaß am Lesen Verlag* beschreibt ein hohes Ziel für einen Buchverlag, der Menschen das Lesen nahebringen will, welche bislang großen Abstand dazu gehabt haben. Der Verlag ermöglicht ihnen mithilfe vereinfachter Sprache den Zugang zur Literatur und damit die Teilhabe an der Gesellschaft. Für sein Programm hat die deutsche Staatsministerin für Kultur Claudia Roth auf der Frankfurter Buchmesse 2024 dem Verlag den Deutschen Verlagspreis verliehen.

Das Entstehen des Verlages ist mit dem Namen und der Geschichte von Ralf Beekveldt, dem Gründer, verbunden. Er hatte in Holland als Journalist mehrfach über Einrichtungen für be-



Ausgezeichnetes Programm: Staatsministerin Claudia Roth ehrt den Verlag mit dem Deutschen Verlagspreis 2024

hinderte Menschen berichtet. Dabei fragte er sich, ob er nur über sie berichtet oder wie er etwas dafür tun kann, dass sie bessere Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe finden. Vor 30 Jahren begann er Bücher in vereinfachter Sprache auf den Markt zu bringen - in Holland. Vor 15 Jahren ist der deutsche Markt dazugekommen, zudem auch England, Belgien und Spanien. Das Geschäft war anfangs sehr mühsam. „Wenn ich Bücher verkaufen will an Menschen, die nicht lesen wollen, „das ist, als wollte ich in Grönland Kühlschränke verkaufen.“ ■

Spendenauftrag !!

Wir benötigen dringend Geld für Kaffee, Kaffeefilter, Milch, Lebensmittel ...

MALTA Münsters Arbeitslosentreff
Achtermannstraße 10-12 | 48143 Münster
Tel 0251 4140553

Das MALTA ist ein offener Treff für Arbeitslose.
Es ist eine ergänzende Anlaufstelle für Fragen rund um das Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit.

Armut im Alter ist vor allem weiblich

Der „Gender Pension Gap“ bestraft
Frauen in der Rente noch einmal

Von Lena Dhaliwal (cuba-Beratungsstelle Arbeit)

Der „Gender Pay Gap“, das geschlechtsspezifische Gehaltsgefälle zwischen Männern und Frauen, hat Folgen bis ins Rentenalter. Bei den Alterseinkünften nennt sich dieses Phänomen dann Gender Pension Gap. Er liegt in Deutschland laut Statistischen Bundesamt aktuell bei 27,1 Prozent. Das heißt, die Alterseinkünfte in Deutschland liegen bei Frauen knapp ein Drittel niedriger als bei Männern. Ohne Hinterbliebenenrenten liegt der Gender Pension Gap sogar bei 39,4 Prozent.



Bei Frauen kommt es häufiger zu familienbedingten Unterbrechungen in ihrer Erwerbsbiographie
Foto: Agneta Becker

Das sorgt dafür, dass derzeit fast jede fünfte Frau von Altersarmut betroffen ist. Laut Armutsbericht 2024 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes liegt die Armutsquote bei Frauen über 65 Jahren bei 19,4 Prozent, im Vergleich dazu bei Männern der gleichen Altersgruppe bei 15,1 Prozent.

Die Gründe sind vielfältig: Altersarmut ist als Folge geschlechtsspezifischer Ungleichheiten im Lebenslauf zu sehen. Bei Frauen kommt es häufiger zu familienbedingten Unterbrechungen in ihrer Erwerbsbiographie. Zudem arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit oder in nicht sozialversicherungspflichtigen Minijobs. Das liegt daran, dass sie oft zusätzliche unbezahlte Arbeit in Form von Sorgearbeit leisten. Frauen arbeiten auch häufiger in schlecht bezahlten Berufen oder zu niedrigeren Löhnen als Männer. Auch die Karrierechancen von Frauen stellen sich heute immer noch schlechter dar als die von Männern, und Frauen sind in Führungspositionen immer noch deutlich unterrepräsentiert.

Hartnäckige Rollenbilder und Traditionen

Die Ursachen für diese Gründe liegen letztlich immer noch in gesellschaftlich geprägten Rollenbildern und -stereotypen, die oft ein traditionelles Geschlechtermodell aufrechterhalten. Ein weiterer Grund sind fehlende und unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Auch die steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Ausnahmeregelungen für Minijobs, die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung für Ehegattinnen und -gatten und das sogenannte Ehegattensplitting

sorgen auf lange Sicht für niedrige Alterssicherungseinkommen von Frauen. Denn das Alterssicherungssystem in Deutschland richtet sich an Erwerbstätigkeit aus und die Altersrente ist damit ein Spiegelbild des Erwerbslebens.

Altersarmut ist immer noch ein gesellschaftlich tabuisiertes Thema, sie geht oft Hand in Hand mit „verschämter Armut“. Betroffene sprechen häufig nicht über ihre finanzielle Situation und nehmen staatliche Leistungen wie die Grundsicherung im Alter nicht in Anspruch. Buslei et al. (2019)¹ haben herausgefunden, dass nicht einmal jede zweite anspruchsberechtigte Person Grundsicherung bezieht.

Altersarmut ist immer noch ein gesellschaftlich tabuisiertes Thema, sie geht oft Hand in Hand mit „verschämter Armut“.

Altersarmut trifft mehr Frauen als Männer

Laut dem aktuellen Paritätischen Armutsbericht hat Deutschland derzeit insgesamt eine Armutsquote von 16 Prozent, die Ressourcen- und Einkommensungleichheit führt zunehmend zu einer tiefen sozialen Spaltung. Viele Menschen sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen, etwa jede*r fünfte Arbeitnehmende arbeitet im Niedriglohnssektor. Immer weniger Menschen haben nennenswerte finanzielle Reserven. Um Deutschland resilienter gegenüber weiteren Krisen und Belastungen zu machen, ist es dringend erforderlich, die Armut und Armutsgefährdung im Land zu reduzieren.

Zudem wird durch den demographischen Wandel in Deutschland die Zahl der älteren Menschen weiter steigen. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl von Rentnerinnen und Rentnern in Deutschland in den nächsten zehn Jahren von aktuell 16,4 auf 20 Millionen anwachsen. Damit wird auch die Zahl der von Altersarmut betroffenen Frauen immer größer. Es braucht politische Forderungen und Schlussfolgerungen, die umgesetzt werden müssen, um der wachsenden Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken.

Frauen benötigen existenzsichernde Beschäftigungen, dafür müssen auch prekäre Beschäftigungen für Frauen eingedämmt und soziale Berufe besser bezahlt werden. Die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern muss beseitigt werden. Es müssen gute Gleichstellungskonzepte entwickelt und eine gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen gestärkt werden. Der Wiedereinstieg und die Fortführung der Erwerbstätigkeit von Frauen muss stärker gefördert werden. Es müssen bedarfsgerechte Kinderbetreuungsplätze geschaffen und ausgebaut werden und Alleinerziehende besser unterstützt werden. Helfen könnte auch die Ersetzung des Ehegattensplittings durch ein Besteuerungsmodell, welches keinen negativen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Frauen hat.

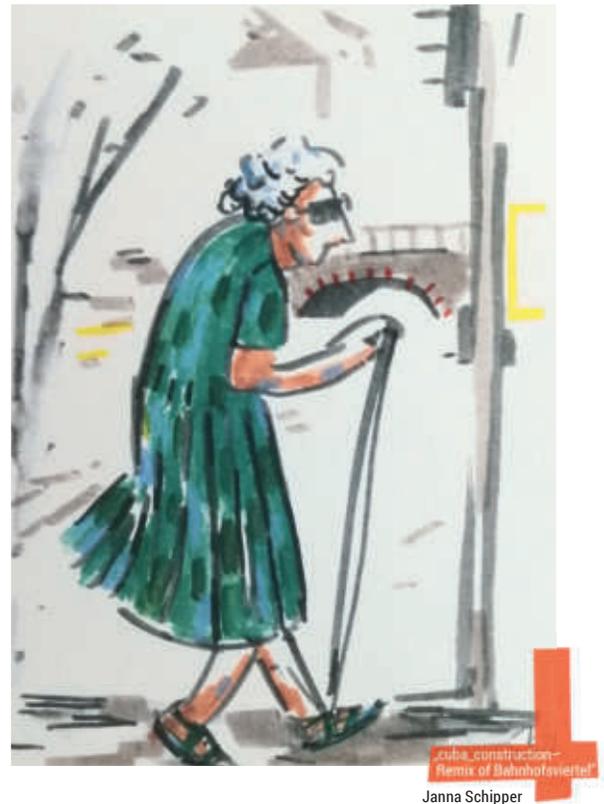
Ein Thema, das auch Arbeitgebende angeht

Rentenlücken von Frauen sollten zum Thema für Arbeitgebende ge-

macht werden. Arbeitgebende sollten verstärkt ihre Entgeltstrukturen überprüfen und Maßnahmen ergreifen, um den Gender Pay Gap zu vermindern. Zudem kann die betriebliche Altersversorgung von Frauen stärker in den Blick genommen werden und der Beschäftigungsgrad von Frauen durch geeignete Maßnahmen erhöht werden. Notwendig ist auch eine geschlechtergerechtere Verteilung unbezahlter Sorgearbeit.

Diese aufgeführten Maßnahmen können helfen, den Gender Pension Gap und damit das Risiko für Frauen, von Altersarmut betroffen zu sein, mittel- und langfristig zu senken. Und das ist ein weiterer wichtiger Schritt um der zunehmenden sozialen Spaltung aufgrund von Einkommensungleichheit in Deutschland entgegenzuwirken. ■

¹ Buslei, Hermann; Geyer, Johannes; Haan, Peter; Harnisch, Michelle (2019): Starke Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung deutet auf hohe verdeckte Altersarmut. In: DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Berlin, Vol. 86, Iss. 49, pp. 909-917. https://doi.org/10.18723/diw_wb:2019-49-1



Wirtschaftspolitik zu Lasten des Sozialen?

2025 wird es in Deutschland kälter werden

Von Werner Szybalski



Kamala Harris und mit ihr die Linkliberalen in den USA sind krachend gescheitert. Donald Trump kehrt ins Weiße Haus zurück. Er wird in seiner zweiten Amtszeit die Welt mehr verändern, als es ihm in der ersten Präsidentschaft von 2017 bis 2021 gelang. Neben der Beschleunigung des Klimawandels werden die Leidtragenden dieses erneuten Politikwechsels in Washington in den USA insbesondere die Migrant*innen und zudem die wirtschaftlich benachteiligten Menschen sein, in Europa die Ukrainer*innen insbesondere in den östlichen Landesteilen und im Nahen Osten die Palästinenser*innen. Zudem wird die produzierende Wirtschaft außerhalb der USA Probleme mit dem Absatz ihrer Güter bekommen. Nach dem Zusammenbruch der Ampel in Berlin droht nun im Windschatten des Rechtsrucks in den USA sowie der EU auch in Deutschland ein Politikwechsel.

Bemerkenswert ist, dass die Regierung bei der Aufstellung des Haushaltes vor dem Hintergrund der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung in der Koalition gescheitert ist. Wie seiner Zeit Bundeskanzler Gerhard Schröder, der auf eine verlorene Wahl in Nordrhein-Westfalen zu Neuwahlen im Bund blies, hat auch Olaf Scholz mit der Wahl in den USA einen äußeren Anlass zur Beendigung der Koalition aus Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen gewählt. Dabei lässt sich der noch amtierende Kanzler – anders als sein sozialdemokratischer Vorgänger – nicht von seinen individuellen Vorstellungen blenden, sondern sieht in der vorgezogenen Neuwahl mit von ihm gesetzten Themen seine letzte Chance.

Wirtschaft und Finanzen im Zentrum der Bundestagswahl

Olaf Scholz ist überzeugt, dass er für eine arbeitsplatz- und exportorientierte Wirtschaft steht und zudem als ehemaliger Finanzminister unter CDU-Kanzlerin Angela Merkel für kreative Finanzwirtschaft prädestiniert ist. So wie er 2021 mit der

Betonung des Respektes voneinander den Ton der Zeit traf, glaubt der gebürtige Osnabrücker nun mit Wirtschaft und Finanzen punkten zu können. Die Chancen, dass diese Themen den Wahlkampf dominieren werden, sind nicht schlecht, denn neben Scholz und seiner SPD dürfte auch CDU-Gegenkandidat Friedrich Merz, ehemaliger Deutschlandrepräsentant des weltgrößten in New York ansässigen Vermögensverwalters BlackRock, und die Christdemokraten sowie der entlassene FDP-Finanzminister Christian Lindner, der nach der Neuwahl in neuer Koalition wieder Finanzminister werden will, mit diesen Themen punkten wollen. Auch der grüne Frontmann, Wirtschaftsminister Robert Habeck, setzte schon von seiner bisherigen Regierungstätigkeit in Berlin her auf das Thema Wirtschaft. Dabei dürfte bei den Grünen, wie schon nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine, der Schutz des Klimas, der Natur und der Umwelt in den Hintergrund rücken. Bleibt schließlich die Frage, was bedeutet dieser Wahlkampf und schließlich sein wahrscheinlicher Ausgang mit einer von Merz geführten Koalition für das Soziale?

FDP als Zünglein an der Waage

Die Reichen und insbesondere die Superreichen, die schon von der Trump-Wahl und der neuen rechtsgerichteten EU-Kommission stark profitiert haben, werden zweifelsfrei die Wahlsieger sein. Die CDU und die CSU in Bayern werden gemeinsam die meisten Stimmen bekommen und damit die führende Kraft in der zukünftigen Bundesregierung sein. Gut für vermögende Menschen – schlecht für die Öffentliche Infrastruktur, für die Kommunen, für die finanziell nicht privilegierte untere Hälfte der Bevölkerung sowie für das Klima.

Die Sozialdemokraten werden nach der Wahl zerrissen sein, denn die Machtorientierten werden in die Merz-Regierung drängen, während Sozis mit sozialem Gewissen in die Opposition wollen und vielleicht sogar gemeinsam mit Linken, Ökolog*innen, Rentner*innen, Bürgergeldempfänger*innen und den prekär im Niedriglohnsektor beschäftigten Menschen auf der Straße demonstrieren.

Die FDP wird alles versuchen, Leihstimmen der CDU zu ergattern, um so in den Bundestag zurückzukehren und wieder das Zünglein an der politischen Waage Bundesregierung zu sein. Mit ihrem Programm erreichen die deutschen Liberalen nur ein oder zwei Prozent der Menschen, weshalb die fehlenden drei Prozent mit Wahlversprechen gegenüber Wähler*innen anderer Parteien – insbesondere bei CDU und CSU – geholt werden müssen. Spricht sich Merz für eine Koalition mit der FDP aus, dürfte die Strategie erfolgreich sein - für die Liberalen.

Die Grünen regieren, wo sie können. Egal, ob als chancenloser Kanzlerkandidat oder als Spitzenkandidat seiner Partei wird Robert Habeck einen Wahlkampf führen, der die Grünen als „Partei der Mitte“ präsentiert. So behalten sie alle Optionen offen, wobei sie vermutlich nur in der vor sieben Jahren durch Lindner gescheiterten „Jamaika-Koalition“ eine echte Regierungs- und Machtoption besitzen. Ihren ehemaligen Markenkern Ökologie und Nachhaltigkeit werden sie unter dem Schlagwort „Grüner Kapitalismus“ und der Forderung nach mehr individueller Selbstverantwortung tarnen. Ob es zur Regierungsbeteiligung reicht, hängt aber allein vom Vertrauen und damit Wahlverhalten ihrer zuletzt ständig und auf allen politischen Ebenen enttäuschten Stammklientel ab.

AfD wird nur von Linken und Sahara Wagenknecht bekämpft werden

Auch die selbsternannte „Alternative für Deutschland“ hat ihren Markenkern durch den aktuellen Regierungsturz in Berlin und die Entwicklungen



Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit
 STADT MÜNSTER

Haus der Nachhaltigkeit

Beratung und Veranstaltungen zu Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit

Städtische Nachhaltigkeitsberatung

Di, Mi, Do	10 – 12 Uhr & 14 – 16 Uhr
Fr	10 – 14 Uhr
3. Sa/Monat	10 – 14 Uhr

Energieberatung der Verbraucherzentrale

Di	nach Vereinbarung (QR Code)
Mi	14 - 17 Uhr (ohne Voranmeldung)

energieberatung@stadt-muenster.de





Veranstaltungen & Termine



1. Oktober bis 3. November
Ausstellung „PlanetPlastic“-
Plastikkonsum aus globaler
Perspektive (von Vamos e.V.)

Kontakt:
 Hammer Straße 1, 48153 Münster,
 Tel. 0251 / 4 92 67 67,
nachhaltig@stadt-muenster.de,
www.stadt-muenster.de/nachhaltig

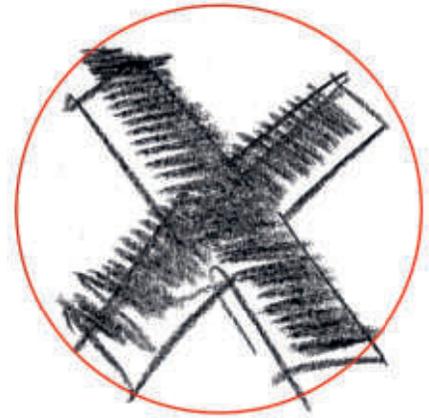
in Brüssel und Washington verloren. Migration ist im nach rechts wanderndem Europa nur noch ein Sicherheitsthema an den Grenzen der Vereinigung. Zwar werden die Rechten weiterhin die massenhafte Ausweisung aller oder vieler zugewanderter Menschen propagieren, doch die von Scholz, Merz, Lindner und Habeck gesetzten Wahlkampf-schwerpunkte Wirtschaft und Finanzen wird den nächsten Wahlerfolg der AfD verhindern.

Bekämpfen werden die AfD im Wahlkampf lediglich die vom Untergang bedrohten Mitglieder der Linkspartei sowie die ehemaligen Linken in der Wagenknecht-Gruppierung. Parteigründerin Sahra Wagenknecht und ihre Gefolgschaft haben durch Trumps Sieg ihre bisherige Erfolgsstrategie Friedenspolitik und damit auch ihr Alleinstellungsmerkmal verloren, da die Ukraine im nächsten Jahr von der Trump-Administration in den USA in einen Waffenstillstand gezwungen werden wird. Bleibt auch den Links-Abtrünnigen nur im Wahlkampf der Versuch, dass lediglich von kleinen Teilen der SPD und den Grünen be-

arbeitete Feld der sozialen Gerechtigkeit erfolgreich zu besetzen. Den angeblich woken Linksliberalismus zu bekämpfen, wird kein Wahlkampfhit von Wagenknecht, da alle Ausgegrenzten, Diffamierten und Abgehängten im kommenden Wahlkampf von allen oben genannten Parteien links liegen gelassen werden.

Linkes Potential ist aktuell begrenzt

Bei Wahlen in Deutschland dürfte zurzeit das Potential für linke Wirtschafts- und Sozialpolitik bei rund neun Prozent liegen. Ob nun die einen sechs (Wagenknechte) und die anderen (Linkspartei) drei oder beide nur jeweils 4,5 Prozent bekommen, hängt einerseits vom Wahlverhalten der links fühlenden Stammwähler*innen von SPD und Grünen ab und andererseits von der Schwerpunktsetzung der beiden um linke Wähler*innen konkurrierenden Parteien. Weder AfD noch BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) werden außerhalb der migrationsfeindlichen Wähler*innengruppe mit dem Thema Zuwanderung be-



ziehungsweise Abschiebung punkten können.

Die Linke muss sich deshalb grundsätzlich nur in Abgrenzung zum BSW und zur AfD mit Migration im Wahlkampf beschäftigen. Zentral wird im linken Wahlkampf, wie es mit der sozialen Absicherung in Deutschland weitergeht. Diese Frage müssen Linke im Wahlkampf überzeugend beantworten, wenn im nächsten Bundestag noch Parlamentarier*innen sitzen wollen, die sich um die untere Hälfte der Gesellschaft und deren Überleben kümmern möchten. Angesichts dieser aufgezeigten Perspektiven zur vorgezogenen Bundestagswahl, ist aber schon jetzt klar: Es wird in Deutschland klimatisch wärmer und sozial kälter werden. ■



Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße

DAS VOLLE PROGRAMM (über die Woche)

Montag	10:00 – 16:00 Uhr	SERVICEZEIT
Dienstag	10:00 – 14:00 Uhr	SERVICEZEIT
	14:00 – 16:00 Uhr	Ideenschmiede
Mittwoch	16:00 – 18:00 Uhr	Computerkurs
	10:00 – 11:30 Uhr	Der Pflanzendoktor
	11:30 – 13:00 Uhr	Teamsitzung und -schulung
Donnerstag	14:00 – 16:00 Uhr	Sprachkurs
	16:00 – 18:00 Uhr	offener Treff
	10:00 – 14:00 Uhr	SERVICEZEIT (für alle)
Freitag	14:00 – 18:00 Uhr	SERVICEZEIT (nur für Frauen)
	10:30 – 13:00 Uhr	Freitagsfrühstück
	13:00 – 16:00 Uhr	offener Treff

MALTA – Münsters Arbeitslosentreff
 Achtermannstraße (bahnhofsnahe) sucht Unterstützer*innen, die Erwerbslosen und Geflüchteten beim Ausfüllen amtlicher Formulare, der Stellensuche u.a. hilfreich zur Seite stehen möchten.

- **Attraktive Zuverdienstmöglichkeit** ohne Abzüge durchs Jobcenter für „Bürgergeld“-Empfänger*innen.
- **Anerkanntes Praktikum** für Schüler*innen und Studierende der Sozialen Arbeit.

Mail: malta@maltanetz.de /
Tel. MS-4140553
 oder einfach mal vorbeischaun:
 Achtermannstr. 10-12, im Hof des cuba.
Wir freuen uns auf euch!

Achtermannstr. 10-12 (Hof vom Cuba) • 48143 Münster • Tel. 0251 4140553
malta@maltanetz.de • www.maltanetz.de

Ein Quiz

als Präventionsmaßnahme gegen Arbeitsausbeutung

Eine erfolgreiche kooperative Präventionsmaßnahme gegen Arbeitsausbeutung der cuba -Beratungsstelle Arbeit, dem impulse e.V. und dem Bildungsinstitut Münster e.V.

Am 29. August 2024 organisierten die Beratungsstellen Arbeit aus Münster und aus dem Kreis Warendorf ein Quiz „Faire Arbeit: Verhinderung von Arbeitsausbeutung“ für zugewanderte Sprachkursteilnehmende des Bildungsinstitut Münster e.V.. Ziel der Aktion sollte es sein, zugewanderten Menschen einige wichtige Grundlagen des Arbeitsrechts in Deutschland näher zu bringen, auf das Informations- und Beratungsangebot der Beratungsstellen Arbeit aufmerksam zu machen und so vor Arbeitsausbeutung zu schützen.

Gerade zugewanderte Menschen geraten durch Sprachhemmnisse und fehlende Informationen zum Arbeitsrecht in Deutschland schnell in prekäre und/oder ausbeuterische Arbeitsverhältnisse. Durch das Quiz „Faire

Arbeit: Verhinderung von Arbeitsausbeutung“ haben die Teilnehmenden des B2-Sprachkurses vom Bildungsinstitut Münster e.V. wichtige arbeitsrechtliche Informationen erhalten, z.B. zum gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland, dem Umgang mit einer Kündigung und der Möglichkeit einer Kündigungsschutzklage.

Das Quiz war eine erfolgreiche Präventionsmaßnahme gegen Arbeitsausbeutung. Die Teilnehmenden konnten auf spielerische Weise wichtiges Vokabular zum Thema Arbeitsrecht erlernen und die eigenen Rechte und Pflichten im Arbeitsverhältnis verstehen, um damit gut informiert nach erfolgreichem Abschluss ihres Sprachkurses eine Arbeitsstelle zu finden, um kein Opfer von Arbeitsausbeutung zu werden. ■

Judith Appel (cuba-Beratungsstelle Arbeit)



cuba_construction-
Remis of Bahnhofsviertel
Taria Schneiders



Foto: Agneta Becker



Karl-Josef Laumann – Foto: Lana NRW – Ralph Sondermann

Schwerwiegende Auswirkungen bei Kürzungen

Langzeitarbeitslose und Träger sozialer Arbeit trifft das hart

Von Hans Römer Santaella

Im Haushaltsplan 2025 sind erhebliche Kürzungen im Bereich Soziales beschlossen worden. Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in NRW, so auch der Paritätischen Wohlfahrtsverband, müssen ihre Unterstützung und Hilfen einschränken.

Die Sperre Redaktion hat das NRW Arbeits- und Sozial Ministerium kontaktiert und bat um eine Stellungnahme bzw. um ein Interview mit Minister Karl-Josef Laumann. Fragen wurden schriftlich eingereicht. Einige Zeit später bekam unser Redaktionsbüro die Antworten in Form einer E-Mail-Zusendung.

SPERRE: Momentan wird über Möglichkeiten von Gegenmaßnahmen beraten, wenn Arbeitslose und SGB-II-BezieherInnen Leistungen beziehen, sich aber weigern, eine Arbeit anzunehmen. Wie ist Ihre Einschätzung zu diesem Thema?

Laumann: Wir müssen bei der Debatte um die so genannten "Totalverweigerer" aufpassen, dass wir nicht in ein Schwarz-Weiß-Denken verfallen. Im Jahr 2023 waren laut der Statistik der Bundesagentur für Arbeit bundesweit 128.000 erwerbsfähige Personen von einer Leistungsminderung betroffen. Das ist gemessen an allen Personen, die vom Jobcentern betreut werden und arbeiten können, gerade einmal jeder zweihundertste.

Zahlen von mindestens 100.000 dieser SGB-II-Leistungsbezieher werden genannt. Es werden also immer weniger...

Laumann: Die überwiegende Mehrzahl von denen wird übrigens deshalb sanktioniert, weil sie sich nicht beim Jobcenter gemeldet haben. Dagegen gibt es vergleichsweise wenige Menschen, deren Leistungen gemindert werden, weil diese ein konkretes Angebot einer Arbeit, Ausbildung oder sonstiger Maßnahme ausgeschlagen haben. Im letzten Jahr gab es bundesweit nur vergleichsweise wenige neu festgestellte Leistungsminderungen, weil Leistungsbezieher eine Arbeit, Ausbildung oder sonstige Maßnahme nicht angenommen hatten.

Warum ist das Thema gerade dann so mit Emotionen aufgeladen?

Laumann: Klar ist: Solidarität kann keine Einbahnstraße sein. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die die Grundsicherungsleistungen finanzieren, erwarten zu Recht, dass Menschen, die Leistungen erhalten, sich auch um Arbeit bemühen. Wer ein konkretes Arbeitsangebot dann nicht antritt, muss auch spüren, dass die Solidarität der Gemeinschaft auch Grenzen hat. Wir haben in vielen Bereichen längst nicht mehr „nur“ einen Fachkräftemangel, sondern insgesamt einen Arbeitskräftemangel. Zugleich gibt es immer noch viel zu viele arbeitslose Menschen. Da müssen wir besser werden und mehr Anstrengungen darauf verwenden, dass die Jobcenter diese Menschen in Arbeit vermitteln.

Wie kann es denn sein, dass das Jobcenter Münster beispielsweise

die Förderung von den sogenannten 1 Euro Jobs und ähnlichen Arbeitsstellen-Subventionen reduziert hat? Es werden da viele Zuschüsse gekürzt, die Arbeitslosen helfen könnten. Wie erklären Sie diese Maßnahmen?

Laumann: Bei den AGH-Stellen, den „Ein-Euro-Jobs“, handelt es sich um sehr niederschwellige Maßnahmen, die sich an arbeitsmarktferne Menschen richten, die bisher nicht in Arbeit gebracht werden konnten. Bei der 16i-Förderung geht es um die langfristige Förderung von echter sozialversicherungspflichtiger Arbeit. Hierbei freut es mich besonders, dass rund 35 Prozent der Förderfälle in der Privatwirtschaft umgesetzt werden, wo wir gute Übergangschancen nach Förderende haben. Aber auch die 38 Prozent der Stellen bei der Freien Wohlfahrtspflege und die 27 Prozent bei der öffentlichen Hand bieten gute

Nach den aktuellen Planungen im Bundeshaushalt werden die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ab 2025 stark reduziert.

Beschäftigungsmöglichkeiten für ehemalige Langzeitarbeitslose. Seit Beginn der Förderung konnten in Nordrhein-Westfalen rund 40.000 Menschen von der Fördermöglichkeiten des Teilhabechancengesetzes profitieren.

Umso nachdrücklicher nochmal die Frage... Worauf stützen sich diese Kürzungen?

Laumann: Nach den aktuellen Planungen im Bundeshaushalt werden die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ab 2025 stark reduziert. Diese Entwicklung betrifft alle Jobcenter und damit auch das



kostenlos • vertraulich • unabhängig
Beratung in Münster

International
Wir beraten und unterstützen auch in anderen Sprachen!

0251 – 511929

Achtermannstr. 10-12 in 48143 Münster
www.cuba-arbeitslosenberatung.de
info@cuba-arbeitslosenberatung.de

STADT MÜNSTER



kostenlos • vertraulich • unabhängig

Wir bieten Unterstützung ...

für

- arbeitslose Menschen
- von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen
- Menschen in schwierigen Arbeitsverhältnissen

bei

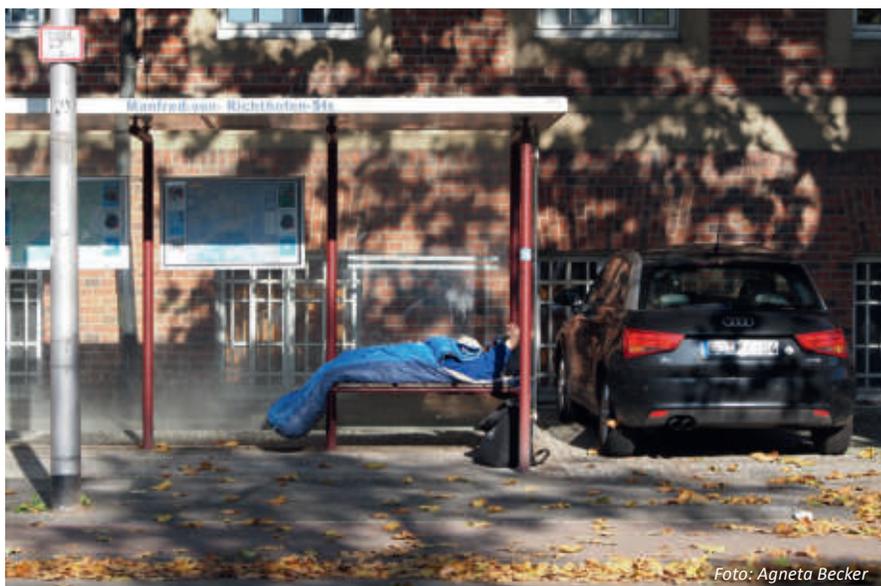
- Fragen rund um Arbeitslosigkeit und unsicheren Arbeitsverhältnissen
- beruflicher (Neu-)Orientierung
- amtlichen Schreiben und Kontakt mit den Ämtern
- Fragen zu Arbeitslosengeld (SGB III)
- Anträgen und im Widerspruchsverfahren
- Wirtschaftlichen, psychosozialen und arbeitsrechtlichen Fragen

Außerdem beraten wir zu ...

- Umgang mit Nebentätigkeiten, Minijobs, unsicheren Selbständigkeiten, Leiharbeit und anderen prekären Jobs.
- Erwerbsminderungsrente und Grundrente
- Arbeitsausbeutung (z.B. bei fehlender Lohnzahlung)

0251 – 511929

Beratungsstelle Arbeit • Achtermannstr. 10-12 • 48143 Münster • info@cuba-arbeitslosenberatung.de



*Nach übereinstimmender
Einschätzung aller wesentlichen
Akteure ist der soziale Arbeitsmarkt
ein erfolgreiches Instrument*

Jobcenter Münster. Schon jetzt sind Einschnitte spürbar. Das liegt daran, dass die Jobcenter mit Blick auf die zukünftig sinkenden Finanzmittel bei den langlaufenden Maßnahmen häufig schon proaktiv auf die Bremse treten mussten. Außerdem haben sich im letzten Jahr bereits die tariflichen Gehaltssteigerungen in der Verwaltung der Jobcenter ausgewirkt.

Welche Folgen hat das alles für den Sozialstaat?

Laumann: Nach übereinstimmender Einschätzung aller wesentlichen Akteure ist der soziale Arbeitsmarkt ein erfolgreiches Instrument, um Langzeitarbeitslose in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen. Die Kürzung bei der Förderung Langzeitarbeitsloser wird daher womöglich teils schwerwiegende Auswirkungen auf die Trägerschaft vor Ort haben und insbesondere die sozial Schwächsten in der Gesellschaft treffen.

Wie sieht dann die Zukunft am Arbeitsmarkt aus?

Laumann: Ausgerechnet bei den Jobcentern zu sparen, ist daher keine gute Idee.

Denn wir stehen gesellschaftlich vor einer Riesen-Herausforderung: In den nächsten zehn Jahren werden 1,5 Millionen Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen aus Altersgründen den Arbeitsmarkt verlassen. Um die Stabilität und Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme zu gewährleisten, müssen wir die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aber konstant halten. Dazu müssen die Jobcenter durch die Vermittlung von Arbeitslosen in Arbeit einen erheblichen Beitrag leisten.

Das Land setzt sich daher beim Bund massiv für eine auskömmliche Finanzierung der Jobcenter ein.

Und wie steht es um das Projekt Job-Turbo und die Arbeitsintegration von Migranten?

Laumann: Wir müssen hier unterscheiden: Es gibt den Job-Turbo der Bundesregierung, der bei den Jobcentern durchgeführt wird, bei denen die Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Träger gemeinsam die Verantwortung tragen.

Diese Klarstellung wurde in anderen Interviews zu diesem Thema auch immer wiederholt betont.

Laumann: in NRW haben wir das „Vermittlungsoffensive“ genannte Programm, welches zur Fachkräfteoffensive gehört und bei den Jobcentern in ausschließlich kommunaler Trägerschaft verortet ist; zu letzterem gehört auch Münster. Der Job-Turbo der Bundesregierung zielt alleine auf die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen ab.

Funktioniert die Bundesstrategie zur schnellen Arbeitsintegration von Migranten? Ist das Projekt des Bundesministers für Arbeit, ihres Kollegen auf Bundesebene, erfolgreich? Wie ist ihre Einschätzung?

Laumann: Die Vermittlungsoffensive der Landesregierung, für die spreche ich hier, richtet sich dagegen zwar insbesondere auch an Geflüchtete, aber nicht nur. Alle Menschen, die von den Jobcentern betreut werden, sollen davon profitieren und noch besser als bisher in Beschäftigung vermittelt werden. Dabei sind die Unternehmen wichtige Partner. Es geht um eine möglichst schnelle und umfassende Ansprache und Aktivierung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten durch die Jobcenter. Dahinter steht die Idee: Jede(r) wird gebraucht, Jede(r) soll ein Angebot erhalten - und jede(r) muss sich einbringen, um mit Hilfe der Unterstützungsangebote der Jobcenter den Übergang in Beschäftigung zu schaffen.

Was sind die Ergebnisse?

Laumann: Die bisherigen Erfahrungen aus der Vermittlungsoffensive sind dabei ermutigend. Es liegen zwar noch keine konkreten Auswertungen vor, aber die Integrationszahlen bei den Jobcenter sind offenbar deutlich gestiegen. Wir erklären uns das damit, dass innerhalb der Vermittlungsoffensive mehr Beratungsgespräche geführt werden und dass dadurch Arbeitgeber und Arbeitnehmer besser zusammengeführt werden können. ■

Wissen was Freiheit heißt



Illustration: Agneta Becker

Wenn die ehemalige Regierungspartei, die den Begriff Liberal im Namen trägt und Freiheit als ihren Markenkern begreift, wenn diese politische Partei in der Wählergunst gegen Null tendiert, dann ist dieser Fall eine Gelegenheit, sich über die Freiheit ein paar Gedanken zu machen. Denn das Phänomen Freiheit ist dem Begriff nach nicht nur zentral für das politisch-ethische Wertegerüst und dem Selbstverständnis des Westens, der Begriff ist zudem auch höchst subjektiv und interpretierbar. Freiheit lässt sich wie kaum ein anderer Begriff umdeuten, zurechtbiegen und pervertieren, um allerlei Missstände, Ungerechtigkeiten, selbst unvorstellbare Grausamkeiten zu rechtfertigen.

Die politische Theorie unterscheidet zwischen negativer Freiheit und positiver Freiheit, der bloßen Freiheit von etwas und der echten Freiheit zu etwas. In autoritären Gesellschaften lediglich in Ruhe gelassen zu werden,

weil man sich freiwillig oder gezwungenermaßen der politischen Teilhabe entzieht, bzw. dazu unter Strafandrohung genötigt wird, ist keine Freiheit im positiven Sinne.

Echte Freiheit kann in verschiedenen Formen Ausdruck finden: Zum Beispiel autonom und souverän die Fähigkeit zu besitzen, Entscheidungen fürs eigene Leben zu treffen. Des Weiteren die Fähigkeit, physikalische Gesetzmäßigkeiten den persönlichen Zwecken anzupassen, soll heißen die Vernunft frei und aus sich heraus zu mäßigen, Stichwort kulturelle Teilhabe. Bewegungsfreiheit durch Raum und Zeit, zudem einen freien Bezug zur Welt zu haben, gemeint ist, diese mit individuellen Möglichkeiten verändern zu können. Nicht zuletzt die auf Empathie zielende Selbsterkenntnis, dass die Freiheit für die Mitmenschen die gleiche Geltung besitzt wie für einen selbst.

In der praktischen Umsetzung, im Altersdingen, wird Freiheit bedeuten: Zugang zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung, auch zu

Nachrichten aus der unmittelbaren Umgebung und der Welt. Dass Demonstrationen ermöglicht werden, die den Herrschenden nicht gefallen. Dass es in einer Gesellschaft keine abgeschotteten Eliten gibt, sei es durch Herkunft oder sei es durch die Größe des Geldbeutels. Dass beleg- und nachprüfbar Fakten als solche anerkannt werden. Und dass all das unteilbar ist und für alle Menschen gilt. Ein freier Mensch ist ein Individuum, aber nie allein und erst recht nicht unter unfreien Mitmenschen.

Schattenseiten der Freiheit sind eklatante wirtschaftliche Ungleichheit und die Privatisierung großer Teile der staatlichen Daseinsfürsorge, der Rassismus ist es sowieso. Dass rechte Parteien außerhalb des demokratischen Rechts Menschen gegeneinander aufhetzen, dass in den sozialen Medien Redefreiheit bedeutet, die bizarrsten Lügen zu verbreiten, das ist unter allen Umständen abnorm und fern jeglicher Freiheit - weit unter Null! (ct) ■

„Ossi“-Identität ist generationenübergreifend stabil

Steffen Mau auf der Suche nach den Ursachen der ungleich vereinten Deutschen

Von Werner Szybalski



„cube, construction –
Remix of Bahnhofsviertel“
Victoria Krisai

Länger als eine Generation ist die einzige erfolgreiche Revolution in Deutschland schon her. Aus dem Aufbegehren mutiger, kritischer und überwiegend antiautoritär denkender Menschen wurde die Deutsche Demokratische Republik (DDR) schließlich von Menschen mit Hoffnung auf ein westlich-konsumorientiertes Leben abgeschafft.

Der Soziologe Steffen Mau von der Humboldt-Universität Berlin, ein gebürtiger Rostocker des Jahrgangs 1968, hat jüngst untersucht, warum fast 35 Jahre nach der Revolte noch immer ein großer Unterschied zwischen Menschen im Osten, also den gelegentlich noch immer „neue Bundesländer“ genannten Regionen, und den Bewohner*innen der alten Bundesrepublik gibt.

Drei weitere lesenswerte Bücher - Was hält Gesellschaften eigentlich zusammen? - ergänzen diese Bücherschau.

Von blühenden Landschaften im Gebiet der ehemaligen DDR fantasierte damals der Bundeskanzler der Wiedervereinigung: Helmut Kohl von der bei der ersten Wahl im wiedervereinigten Deutschland erfolgreichen CDU. Aus seinen Versprechungen wurde bekanntlich nichts und heute machen die mit viel Westgeld (u. a. Solidaritätszuschlag) und EU-Förderung aufgemöbelten ostdeutschen Bundesländer eher Schlagzeilen mit überdurchschnittlichen Wahlergebnissen für die rechtsradikale AfD und breitem Bekenntnis zum neugegründeten Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) und deren Nähe zu Russland.

Bleibende Unterschiede

Der Wissenschaftler Steffen Mau analysierte die Unterschiede zwischen

den wiedervereinten Deutschen in Ost und West. In seinem Buch „**Ungleich vereint – warum der Osten anders bleibt**“ nutzt er zur Erklärung, warum dies auch noch eine Weile so bleiben wird, den Begriff der „Ossifikation“. Dieser medizinische Begriff, der „Knochenbildung“ oder „Verknöcherung“ beschreibt, war schon vor über 20 Jahren von der damaligen PDS-Bundestagsabgeordneten Angela Marquardt in die Diskussion gebracht worden. Tatsächlich ergäbe er aber erst heute erkennbaren Sinn, weil auch die Nachwendegenerationen sich über ihr „ostdeutsch sein“ definierten.

Eine seiner wesentlichen Erkenntnisse ist, dass es in vielen für die Einstellung und das Empfinden der Menschen entscheidenden Katego-

rien – von Wirtschaft über Politik bis hin zu Mentalität und Identität – „bleibende Unterschiede“ zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands gibt. Aus dieser Trennung sei auch der „Ossi“ begrifflich entstanden, dem tatsächlich in den alten Bundesländern keine „Wessi“-Identität gegenüberstünde.

Ostdeutschland sei im Gegensatz zum Westen ein „Land der kleinen Leute“ und leide unter anderem auch an „dramatischer Eliten-schwäche“. Aus diesen realen Unterschieden sei ein neues



„Ostbewusstsein“ entstanden, wie auch die Menschen in den Stadien und Arenen durch „Ostdeutschland, Ostdeutschland“-Rufe immer wieder lautstark verdeutlichen. Einerseits würde auf die Familiengeschichte der Ostdeutschen zurückgeblickt und andererseits würde aus der erlebten innerdeutschen Benachteiligung ein „Oststolz“ entwickelt, der sicherlich auch von nicht unerheblichem Trotz getragen sei. Mau will auch nicht ausschließen, dass es sogar Parallelen zum Phänomen der „Rekulturalisierung“ gibt, wie sie bei Angehörigen der zweiten und dritten Generation von Migranten vorkommen. Die Nachkommen sind sensibler für Diskriminierungen als ihre Eltern und Großeltern und treten gleichzeitig erheblich selbstbewusster auf. Das Bekenntnis „ostdeutsch“ zu sein, trägt zugleich die Forderung nach Gleichstellung und Anerkennung in sich. So ist für Steffen Mau klar, dass sich der Osten dem Westen, zumindest in

nächster Zeit, nicht annähern wird, denn so Steffen Mau, es habe „jenseits ungleicher ökonomischer Bedingungen“ ein „eigenständiger Kultur- und Deutungsraum Ostdeutschland“ herausgebildet.

Mangelnde Bindung an Parteien und Institutionen der Bürgerschaft

Steffen Mau verweist auf die geringe Bindung der Menschen in Ostdeutschland an Parteien und Institutionen der Zivilgesellschaft. So seien von 100 Wähler*innen weniger als einer, Mitglied einer Partei. Zudem ist die ostdeutsche Parteienlandschaft, wie auch viele Landkreise durch den großen Männerüberschuss, sehr maskulin geprägt. 80 Prozent der Parteimitglieder seien Männer.

Warum die CDU in Ostdeutschland besser dasteht als die Ampelparteien, ist für Steffen Mau ganz klar: Die CDU

hat aus der DDR die Blockflötenpartei übernommen. Dies war SPD oder den Grünen nicht möglich. Da sie erste Wahlsiegerin war, baute sie auch örtliche Strukturen aus oder auf, was ihr zu der heutigen Größe verhalf. Die FDP erreichte mangels sozialer Oberschicht und breiter beruflicher Selbständigkeit in der Arbeitnehmergesellschaft im Osten, dem „Land der kleinen Leute“, keine Bedeutung.

Anders sieht das bei der AfD aus, die sich als „Kümmerer-Partei“ vor Ort engagiert und den Unwillen der Menschen aufnimmt, die sich von denen da oben, was zumeist mit Merkel oder Ampel übersetzt wurde und wird, nicht repräsentiert fühlen. Die faschistoide Ausrichtung vieler aktiver AfDler berührt die Menschen wenig, offensichtlich auch wegen ihrer Ferne zur parlamentarischen Politik und ihren Mandatsträger*innen. Da sollen es doch für rund ein Drittel der ostdeutschen Wahlberechtigten



auch „die“, gemeint ist die AfD und inzwischen auch das Bündnis Sarah Wagenknecht, einmal an der Regierung versuchen dürfen.

„Labor der Partizipation“ – basisdemokratische Elemente als Lösung

Steffen Mau analysiert bezüglich der Parteienbindung und den Institutionen der Zivilgesellschaft bei vielen Menschen in Ostdeutschland ein großes Defizit. Wie oben in der „Verfestigungsthese“ beschrieben, wirkt in Ostdeutschland die „Geschichte in Strukturen und Identitäten nach“ (familiären Wohlstand, Geschlechterverhältnis, unzureichende Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Grundlagen der SED-Diktatur). Mau hält die Ostdeutschen nicht für antidemokratisch oder politikverdrossen. Allerdings sei diese politische Kultur durch eine vor, um und nach 1989 spezielle „Parteienpoli-

tikverdrossenheit“ gekennzeichnet, der, so Mau, mit konkreten, experimentierfreudigen Antworten aus dem „Labor der Partizipation“ begegnet werden könne oder auch müsse.

Als Lösungsansatz schlägt er eine leichtere Teilhabe der Menschen zum Beispiel durch starke Bürgerräte vor. Dadurch erhofft sich der Berliner Soziologe den Abbau der empfundenen Politikferne, wenn die Menschen oder ihre Nachbarn in Bürgerräten selbst (mit-)entscheiden dürften. Die „Ertüchtigungsmaßnahmen der Demokratie“ will Mau allesamt „von unten“ verwirklicht haben.

Auch verweist Steffen Mau darauf, dass „immer mehr Landräte und Bürgermeister nicht parteigebunden sind und über Wählerinitiativen ihr Amt“ erobern. Dies gemeinsam wirft die Frage auf, warum Mau, in dem sehr lesenswerten Buch, nicht auch Vergleiche zu den Auslösern der Revolution

von 1989 und ihren basisdemokratischen und antiautoritären Zielvorstellungen, die sich insbesondere in „Runden Tischen“ zeigten, verfolgt. Vielleicht zeigt sich im Osten, insbesondere wenn die Nichtwähler einbezogen werden, eine zunehmende Ablehnung der Stellvertreterpolitik, wie sie in der DDR, aber auch heute – mit echten Wahlen ausgestattet – noch immer besteht. Doch noch gibt es außer lokalen Initiativen, die kaum zusammenarbeiten könnten, keine Bewegung oder Gruppe, die die (basis-)demokratischen, anti-autoritären und auf Selbstbestimmung ausgelegten Menschen abholt. Deshalb dürfte Mau recht behalten, dass die heutige Situation sehr fest sei.

Steffen Mau: Ungleich vereint; Berlin; Suhrkamp; 2024; 178 Seiten; 18 Euro; ISBN 978-3-518-02989-3; ausleihbar in der Hauptstelle und der Zweigstelle Gievenbeck-Auenviertel der Stadtbücherei Münster: Signatur EMP 4 MAU.

STADT MÜNSTER

VIELE MEINUNGEN, EIN ZIEL – IM DIALOG DIE ZUKUNFT GESTALTEN.

vhs Volkshochschule Münster

Jetzt anmelden für Kurse & Veranstaltungen im ersten Semester 2025!

fast umsonst
mit dabei!

...fast umsonst - mit dabei!

richtet sich an Menschen, die aufgrund von Erwerbslosigkeit oder geringem Einkommen Unterstützung suchen. Ob es sich um ein Dach über dem Kopf, günstige Kleidung, Möbel oder erschwingliche Mahlzeiten handelt, hier findet man Tipps zum Überleben in Münster. Informationen und Adressen sind auch in Sachen Ämter, Beratung, Weiterbildung und Hilfe zur Selbsthilfe aufgeführt. Armut in Münster muss nicht ins gesellschaftliche Abseits führen.

www.münster-fast-umsonst.de

Was eint, was spaltet Gesellschaften?

Weitere lesenswerte Bücher zum Thema

In „**Demokratie und Revolution**“ stellen die Historikerin Hedwig Richter und der Journalist Bernd Ulrich fest, dass unsere Gesellschaft durch den Klimawandel existenziell bedroht ist. Auch hätte die Ampelregierung zu wenig getan, um die Lebensbedingungen für den Fortbestand der liberalen, grünkapitalistischen Gesellschaft zu sichern.

Der Soziologe Steffen Mau und seine Kollegen haben die „**Triggerpunkte**“ unserer Gesellschaft festgemacht. An vier Konfliktarenen verdeutlichen sie auf Grundlage eigener wissenschaftlicher Untersuchungen, dass unsere Gesellschaft nicht so gespalten ist, wie sie häufig wahrgenommen wird.

Geprägt von brutalem Rassismus ist das Leben in Mississippi (USA). Wie sich die schwarze Bevölkerung erfolgreich zur Wehr setzte und den „**Aufbruch in Jackson**“ – insbesondere auf der kommunalen Ebene – schaffte, zeigt der lesenswerte Sammelband auf. (ws)

Demokratie und Revolution

Nach der historischen Betrachtung und der Analyse der Gegenwart machen Richter und Ulrich sich Gedanken über den aktuellen Zustand unserer Demokratie. Von der Lösung der sozialen Frage halten beide nicht viel, sondern negieren sogar, dass diese mit der ökologischen Frage zusammenhänge. Da Klimaschutz, der ihnen wichtig ist, um in den industrialisierten Ländern den hohen Lebensstandard der Bes-

serverdienenden und Reichen zu erhalten, ohne jede Beschränkung im Privaten nicht funktionieren würde, schlagen sie eine Revolution von oben vor. Das Volk solle Verzicht üben und sich der (konservativ-grünen) Obrigkeit willig unterwerfen.

Hedwig Richter und Bernd Ulrich: *Demokratie und Revolution*; Köln; Kiepenheuer & Witsch; 2024; 368 Seiten; 25 Euro; ISBN 978-3-462-00643-8; ausleihbar in der Hauptstelle der Stadtbücherei Münster: Signatur GEM RIC.

Triggerpunkte

Die Berliner Soziologen und Sozialwissenschaftler Mau, Lux und Westheuser identifizieren vier große Konfliktarenen in Deutschland: oben/unten-, innen/außen-, wir/sie- und heute/morgen-Ungleichheiten. Diese strukturieren den sozialen und spiegeln sich im politischen Raum.

Die Autoren diskutieren die historische und aktuelle Frage, wie das individuelle und kollektive, gesellschaftliche Bewusstsein entsteht und dabei der humane vernunftorientierte Mensch menschenwürdig, gut und gerecht leben kann. Eine Streitschrift gegen Ausgrenzung und für einen differenzierten Blick auf die Menschen.

Steffen Mau, Thomas Lux, Linus Westheuser: *Triggerpunkte*; Berlin; Suhrkamp; 2023; 540 Seiten; 25 Euro; ISBN 978-3-518-02984-8; ausleihbar in der Hauptstelle der Stadtbücherei Münster: Signatur GCM MAU.

Aufbruch in Jackson

In „Aufbruch in Jackson“ wird vom spannenden revolutionären Experiment in den USA berichtet, in dem Schwarze Aktivist*innen die Be-



freiung von unten praktizieren. Arbeit und Ökonomie stehen neben dem Erreichen der Partizipation und der Übernahme der lokalpolitischen Macht in Jackson im Zentrum des Buches.

Wie die Vision einer lokalen Versammlungsdemokratie mit solidarischer Ökonomie bei gleichzeitiger Beendigung der rassistischen Ungleichheit möglich würde oder werden könnte, wird mehr als ansatzweise in Jackson praktiziert und im Buch beschrieben. Parallelen zu den kommunalistischen Bestrebungen der Kurden in der Rojava und den Zapatistas in Mexiko werden deutlich.

Kali Akuno, Cooperation Jackson & Ajamu Nangwaya (Hg.): *Aufbruch in Jackson*; Münster; Unrast; 306 Seiten; 22 Euro; ISBN 978-3-89771-174-7. ■



Instantkaffee mit Rasierschaum

Weihnachtsaktion der Queergemeinde Münster

Von Jan Rinke

In Anlaufpunkten für Menschen in akuter Not rappelt es seit zehn Jahren im Karton, was aber alles andere als Stress bedeutet.

Weihnachten im Schuhkarton“ heißt die Aktion der Queer Gemeinde Münster, die für Menschen in Not Geschenkpakete packt, um ihnen zu Weihnachten durch nützliche Dinge ein kleinwenig Freude zu schenken - in diesem Jahr wieder für den Obdachlosentreff an der Clemenskirche.

Das Prinzip ist denkbar einfach: Gemeindemitglieder kaufen im Advent hin und wieder etwas mehr

als nötig für den Alltagsbedarf an haltbaren Lebensmitteln und Pflegeartikeln ein.

Die Sonne scheint zu Weihnachten

Dieses „etwas mehr“ in einen Karton gepackt, ergibt ein Geschenk-päckchen für einen Menschen in Not. Was beteiligten Gebern kein Loch in die Tasche reißt, hilft den Beschenkten gerade in den kürzesten Lichttagen des Jahres und bringt etwas Sonnenschein ins Leben, um das es beim Weihnachtsfest doch geht. Seit nun 25 Jahren schenkt die Gemeinde mit ihren monatlichen Gottesdiensten queeren Menschen ein Zuhause in der katholischen Kirche.

Die Queer Gemeinde möchte in Dankbarkeit für diese Art des Zuhauses Menschen ohne ein Zuhause und anderen Menschen in Not ein Stück der Liebe Gottes wieder zurückschenken, dass sie sich an gelebter Solidarität miteinander erfreuen. Die Gemeinde und umso mehr die Beschenkten freuen sich, wenn sich weitere Leute beteiligen. Päckchen können noch beim Queer Gottesdienst am 8. Dezember um 18:30 Uhr abgegeben werden (Krypta der St.-Antonius-Kirche – nicht Clemenskirche! – Antonius Kirchplatz, Eingang am hinteren Ende der Kirche von der Südseite). Eine Liste sinnvoller Dinge für die Päckchen findet sich unter:

www.queergemeinde-muenster.com/aktuelles

Natürlich hat auch Platz, was über die Befriedigung materieller Grundbedürfnisse hinaus geht, denn es geht schließlich darum, Freude zu teilen. ■



Kurzmeldungen

& Tipps



Foto: Agneta Becker

Ohne Auto keine Arbeit?

Es verging keine Woche, wo nicht über das Bürgergeld diskutiert worden ist. Die Ampel-Regierung hatte beschlossen, dass Bürgergeldempfänger auch einen längeren Weg zum Arbeitsort zu akzeptieren hätten, wenn ihnen eine Stelle fern des Wohnortes angeboten wird.

Die Ampel ist Vergangenheit. Ampeln auf „Rot“ bleiben. Die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland ist in einen immer maroderen Zustand. Auch der öffentliche Nahverkehr ist gelinde gesagt suboptimal. Stichworte hier: Verspätungen, Ausfälle, Personalmangel, kaputte Verkehrswege, löchriges Mobilitätsnetz auf dem Lande. Menschen auf der Suche nach einer Arbeit und ohne Auto geraten ins Abseits, sind chancenlos. Neuerdings wird in diesem Zusammenhang von der „Mobilitätsarmut“ gesprochen.

Malta goes to Berlin

Eine 3er Gruppe aus dem Malta und dem Cuba reiste im August 2024 nach Berlin. Die Einladung erfolgte durch die Abgeordnete Svenja Schulze, SPD. Die Kosten der dreitägigen Fahrt trug das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA). Hin- und Rückreise, Übernachtung, Frühstück sowie Mittagessen (einschließlich eines alkoholfreien Getränks) während des 3-tägigen Aufenthaltes in Berlin waren für die „Insulaner“ kostenlos.

Die Einladung erfolgte im Rahmen der sogenannten politischen Informationsfahrten, zu denen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages (MdB) jährlich drei Besuchergruppen mit jeweils 50 Bürgerinnen und Bürgern aus ihrem Wahlkreis einladen können.

Programmpunkte waren neben Gesprächen mit Frau Schulze auch Termine in den Ministerien, ein Besuch des Jüdischen Museum Berlin und ein weiterer Besuch des Bundesnachrichtendienstes. Diese Einblicke in den politischen Alltag in der Bundeshauptstadt wurden abgerundet durch zwei City See Sights Touren quer durch Berlin. Auch Zeit für die individuelle Gestaltung war selbstverständlich vorhanden gewesen.

Komplette Streichung des Bürgergeldes

Nicht unwahrscheinlich, dass die CDU/CSU in der nächsten Bundesregierung den Kanzler stellt und damit die politische Richtung bestimmt. CDU-Generalsekretär

Linnemann und andere Unionspolitiker plädieren dafür, Arbeitsunwilligen das Bürgergeld komplett zu streichen – und stellen sich damit gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Linnemann behauptet, Statistiken legten nahe, dass eine sechsstellige Zahl von Personen grundsätzlich nicht bereit sei, eine Arbeit anzunehmen.

Linnemann führt z.B. aus: Wenn jemand grundsätzlich nicht bereit sei, Arbeit anzunehmen, müsse der Staat davon ausgehen, dass derjenige nicht bedürftig sei. Leistungskürzungen um 10, 20 oder 30 Prozent reichten dann nicht aus. Ausnahmen sieht Linnemann bei Alleinerziehenden oder Menschen, die Angehörige pflegen.

Das Bürgergeld für sogenannte Totalverweigerer komplett zu streichen, wie es die Union plant, würde jedoch der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts widersprechen. Bereits 2019 entschied das Gericht, dass eine Kürzung von 100 Prozent nicht zulässig ist. Um das vom Grundgesetz geschützte Existenzminimum zu sichern, müssten die Sanktionen begrenzt sein. Kürzungen in Höhe von 30 Prozent seien vertretbar, 60 oder 100 Prozent hingegen nicht. Auch die Zahl von mehr als 100.000 Arbeitsunwilligen, welche die Unions-Politiker nennen, ist willkürlich beziffert.



Bild: Agneta Becker

Forderung nach höherem Mindestlohn

Nach Vorstellungen von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil soll der Mindestlohn ab 2026 auf über 15 Euro steigen. In einem Brief des Arbeitsministers an die Mindestlohnkommission hieß es, Gewerkschaften und Arbeitgeber müssten die Vorgaben der Europäischen Mindestlohnrichtlinie umsetzen. Diese sieht als Mindestlohn 60 Prozent eines mittleren Lohns vor. Das wären nach den Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) 15,27 Euro. Zurzeit liegt der Mindestlohn bei 12,41 Euro. Im kommenden Jahr wird er um 41 Cent steigen. Über die Anhebung ab 2026

Kurzmeldungen & Tipps

entscheidet die Mindestlohnkommission Mitte 2025. Aber auch bei dieser Forderung stellt sich die Frage der Realisierung unter einer neuen Regierung im Frühjahr nächsten Jahres.

Armut in Deutschland nimmt zu

Die Armut wächst in Deutschland und sie verfestigt sich. Laut dem Sozialverband VdK birgt bereits die Angst vor Armut immensen sozialen Sprengstoff.

Die VdK-Präsidentin Verena Bentele sagte, dass Armut immer stärker vererbt werde. Kinder, die in Armut aufwachsen, würden auch viel zu oft zu armen Erwachsenen.

Die hohen Preise für Miete, Energie und Lebensmittel seien gerade die großen Armutsursachen. Selbst Menschen mit durchschnittlichen Einkommen könnten das nicht mehr bezahlen, so Bentele. Und immer mehr Menschen mit perspektiv schlechten Aussichten, hätten große Angst, die Belastungen bald nicht mehr

bewältigen zu können. Das berge immensen sozialen Sprengstoff. Dringende Maßnahmen, um eine soziale Explosion abzuwenden, wären der Ausbau der sozialen Infrastruktur, Investitionen in Bildung, eine bessere Ausstattung der Jobcenter und eine Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme.

Anspruch auf Balkonkraftwerk

Der Bundestag hat vor dem Ampelaus ein Gesetz verabschiedet, welches Mieterinnen und Mieter erlaubt, ein sogenanntes Balkonkraftwerk zu installieren. Die Steckersolargeräte werden damit als privilegierte Maßnahme ins Mietrecht aufgenommen. Bisher brauchten Mieterinnen und Mieter die ausdrückliche Zustimmung des Vermieters oder der Vermieterin, wenn sie die entsprechenden Geräte installieren wollten. In dem neuen Gesetz wird in Abwägung die einhergehende bauliche Veränderung am Gebäude als minder relevant bewertet.



Foto: Agneta Becker

Milliarden-Paket für den Wohnungsbau

Der Deutsche Mieterbund und die Gewerkschaft IG BAU fordern ein staatliches Konjunkturpaket gegen die Wohnungsnot in Deutschland.

Bund und Länder sollten den Neubau von Wohnungen künftig mit 20 Milliarden Euro pro Jahr fördern, erklärten die beiden Organisationen. Die Zielvorgabe sei, das Angebot auf dem Wohnungsmarkt massiv auszubauen – beim bezahlbaren Wohnen, bei der Bildung von Wohneigentum und bei Sozialwohnungen. Es gäbe einen akuten Notzustand bei bezahlbarem Wohnraum, sagte Mieterbund-Präsident Lukas Siebenkotten. IG BAU-Chef Robert Feiger sprach von 540.000 fehlenden Wohnungen in Deutschland. Eine Wohnungsbau-Offensive sei zur Bekämpfung der Wohnungsnot unabdingbar, außerdem könnte man die schwächelnde Wirtschaft beleben.

Mieterhöhung? Wohnungsmängel?
Kündigung? Hohe Nebenkosten?



Mieter/innen-Schutzverein

Münster und Umgebung e.V.

Achtermannstr. 10
48143 Münster (Nähe IIBF)
mo, di, do 9 - 13 und 14 - 18 Uhr
mi 9 - 13 Uhr, fr 9 - 12 Uhr

✉ info@msv-muenster.de

www.mieterschutzverein-muenster.de

☎ (0251) 51 17 59

Kompetent.
Schnell.
Preiswert.

Angst vor'm Amt?

Nicht mit uns!
Ämterbegleitung im Malta
Tel. 0251/4140553

Vereinfachte Organspende-Erklärung

Die Bereitschaft zur Organspende ist jederzeit widerrufbar. Auch das soll die Bereitschaft der Leute erhöhen, sich Gedanken zu machen, ob eine Spende für den Einzelnen infrage kommt. Das Prozedere sollte aber möglichst einfach sein. Bereits seit März können Freiwillige Erklärungen zu ihrer Spendenbereitschaft von Organen und Gewebe über die Online-Funktion des Personalausweises im zentralen Online-Register eintragen. Ein weiterer Zugang zur Spendenbereitschaft: Auch eine



Foto: Agneta Becker

Erklärung über die Apps der Krankenkassen kann jetzt erfolgen. Dies haben die verschiedenen Krankenkassen seit Oktober eingerichtet.

Wohngeldstatistik 2023

Wohngeld wird einkommensschwachen Haushalten gewährt, damit diese sich angemessenen und familiengerechten Wohnraum leisten können. Die Höhe des Wohngeldanspruchs hängt von der Höhe des Einkommens, der Miete und der Zahl der Haushaltsmitglieder ab.

Im Jahr 2023 haben rund 1,2 Millionen Haushalte in Deutschland Wohngeld bezogen. Das waren 2,8 % aller privaten Hauptwohnsitz-Haushalte. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, stieg die Zahl der Haushalte, die Wohngeld beziehen gegenüber dem Vorjahr um 80 Prozent oder in Zahlen, rund 521.700. Im Vergleich 2022 hatten noch rund 651.800 Haushalte Wohngeld bezogen. Der starke Anstieg vollzieht sich wegen des zum 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Gesetzes zur Erhöhung des Wohn-

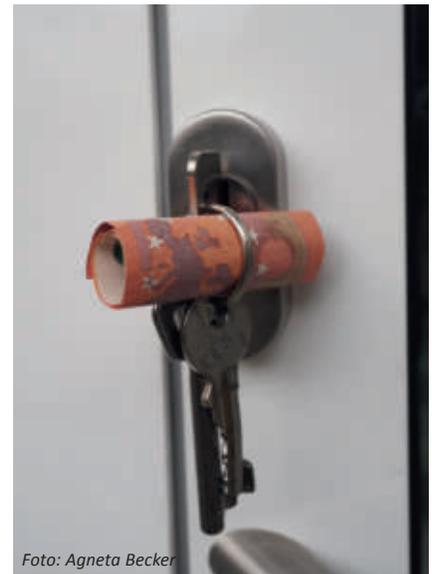


Foto: Agneta Becker

geldes (Wohngeld-Plus-Gesetz). Denn dadurch bekamen mehr Haushalte einen Wohngeldanspruch. Ebenso wurde die Höhe des Wohngelds nach oben angepasst.

Mit der Heizkosten- und der Klimakomponente kamen zusätzlich zwei neue Bemessungsgrundlagen hinzu: die Mehrbelastungen angesichts gestiegener Energiekosten und wegen den energieeffizienten Sanierungen. ■



Unser Begegnungszentrum in Kinderhaus

- **Begegnungszentrum** am Sprickmannplatz 7 als Treff- und Ausgangspunkt für viele Gruppen und Initiativen.
- **Jugendsalon** am Platz als offener Treffpunkt für die jungen Menschen.
- **Büro** Killingstraße 15 als Ort für Beratung, Organisation und Koordination.

Aktuell bieten wir Arbeitsgelegenheiten mit verschiedenen Einsatzmöglichkeiten im Innen- und Außenbereich an.

Ihr erster Schritt zurück in die Arbeitswelt.

Seit 2024 als sogenannter Zwei Euro Job.

Melden Sie sich gerne bei uns!

So erreichen Sie uns:
Email: stadtteillarbeit@bgz-kinderhaus.de
Telefon: 0251 390 96 96 / 0251 216 958
Persönlich: Killingstraße 15

Unser Auftritt im Internet:
www.bgz-kinderhaus.de
facebook.com/BGZSprickmann

Urteile



Bild: Aneta Becker

Nullrunde und Kürzungen im Regelsatz 2025

Die Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung für das Jahr 2025 ist nun amtlich, es gibt die angekündigte und politisch gewollte Nullrunde. Die Regelleistungen im SGB II und SGB XII bleiben auf dem gleichen Stand, wie im Jahr 2024, weil hier die Bestandsschutzregel des § 28a Absatz 5 SGB XII gilt.

Für Geflüchtete mit AsylBLG – Grundleistungen hingegen ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales BMAS der Auffassung, dass diese Bestandsschutzregel nicht gilt, und daher wird es für diese Gruppe eine Absenkung der Regelleistungen von rund 20 EUR geben.

Diese Ungleichbehandlung und Diskriminierung Geflüchteter ist verfassungs-

rechtlich nicht zulässig: „Auch migrationspolitische Erwägungen, die Leistungen an Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Flüchtlinge niedrig zu halten, um Anreize für Wanderungsbewegungen durch ein im internationalen Vergleich eventuell hohes Leistungsniveau zu vermeiden, können von vornherein kein Absenken des Leistungsstandards unter das physische und soziokulturelle Existenzminimum rechtfertigen. Die Menschenwürde

ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“, so äußerte sich das Bundesverfassungsgericht bereits im Juli 2012, diese prinzipielle Aussage wurde bislang nicht in Frage gestellt.

Dach nicht anrechenbar

Eine Mutter schenkt ihrer erwachsenen und alleinlebenden Tochter Geld, damit die davon eine Reparatur des Daches von ihrem Einfamilienhaus vornehmen kann. Das BSG hält die Zuwendung der Mutter dem Grunde nach für nicht anrechenbar auf die Leistungen nach SGB II (damals als Arbeitslosengeld II bezeichnet, jetzt als Bürgergeld). Das Gericht begründet das damit, dass die Mutter der Betroffenen weder eine rechtliche noch eine sittliche Pflicht für ihre Zuwendung hatte. Anders als das Jobcenter meint, ergibt sich eine solche sittliche Verpflichtung nicht bereits aus dem Bezug von Leistungen nach dem SGB II.

Außerdem habe die Höhe der Zuwendung die Lage der betroffenen Tochter auch nicht so günstig verändert, dass daneben

viaprinto

Meine Art zu drucken.

individuell | komfortabel | begeistert

- individuell**
überzeugende Lösungen in der persönlichen Beratung
- komfortabel**
Ihre Druckdaten in der Online-Vorschau erleben
- begeistert**
in Qualität, Lieferung und Freundlichkeit

Jetzt online drucken: www.viaprinto.de

CHANCE e.v.

www.chance-muenster.de

Möbel und Trödel

2. Hand-Möbel · Porzellan · Bücher
Glas-Accessoires · Trödel · u.v.m.

Möbel-Trödel Friedrich-Ebert-Str. 7/15, Tel.: 62088-10
Mo. - Fr.: 9.00 - 19.00 Uhr, Sa. geschlossen

Leistungen nach dem SGB II nicht mehr gerechtfertigt seien. Denn das Dach sei unstreitig kaputt gewesen. Es habe an mehreren Stellen durchgeregnet. Das Jobcenter hätte ansonsten deswegen auch die Kosten der Dachreparatur in Form einer einmaligen Leistung nach § 22 Abs. 2 SGB II (in Form eines Darlehens, d. V.) übernehmen müssen, so das BSG.

Bundessozialgericht (BSG) - Urteil vom 17.7.2024 (Az. B 7 AS 10/23 R)



dem SGB II ausgeschlossen seien, so das Jobcenter. Das trifft im vorliegenden Fall jedoch nicht zu, wie das BSG feststellt. Denn der Ehemann bzw. Vater der Kläger sei im fraglichen Zeitraum unzweifelhaft erwerbsfähig und leistungsberechtigt gewesen. Somit stehen

dann auch seiner Ehefrau und den gemeinsamen Kindern als nachgezogenen Familienangehörigen Leistungen nach SGB II zu, erklärte das Gericht.

Bundessozialgericht (BSG) - Urteil vom 17.7.24 (Az. B 7 AS 3/23 R)



Jobcenterleistungen nach Familienzusammenführung

Das BSG spricht diese Leistungen zu: Es handelt sich um die Ehefrau und zwei Kinder eines tunesischen Staatsbürgers, der seit 1999 in Deutschland lebt und der seit langem eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung besitzt. Dennoch verweigert das Jobcenter der Ehefrau und den Kindern nach dem Umzug nach Deutschland über mehrere Monate Leistungen. Weil die Kläger gesetzlich von Leistungen nach

Umzugspauschale zu niedrig

Das Sozialgericht Karlsruhe hat in einem viel beachteten Urteil die Umzugskosten im Bürgergeld für die Stadt Karlsruhe kritisiert. Die wichtigsten Leitsätze des Gerichts, sie werden hier in aller Ausführlichkeit aufgeführt, da das Urteil beispielhafte Rechtsprechung erlangen könnte:

1. Es gibt keinen allgemeinen Erfahrungssatz, wonach ein Umzug unter Heranziehung studentischer Umzugshelfer stets kostengünstiger wäre als die Beauftragung eines Umzugsunternehmens mit dem gesamten Umzug.
2. Die Verwaltungspraxis des Jobcenters Karlsruhe, als Tageslohn für (studentische) Umzugshelfer pauschal nur 50,- € zu übernehmen, ist evident rechtswidrig, weil der Mindestlohn 12,50 € beträgt und ein regulärer Arbeitstag acht Stunden dauert, sodass die Tagespauschale mindestens doppelt so hoch sein muss.
3. Der Abbau und das Entfernen der eigenen Einbauküche sind beim Auszug aus einer angemieteten Wohnung vom Mieter geschuldet und die dadurch entstehenden Kosten als wirtschaftliche Umzugskosten im Sinne von § 22 Abs. 6 SGB II anzusehen, wenn durch die Mitnahme der Einbauküche verhindert werden kann, dass in der neuen Wohnung eine neue Einbauküche zulasten der öffentlichen Hand in kostspieliger Weise angeschafft werden muss.
4. Das Jobcenter kann nicht mit Erfolg einwenden, es wäre zur Minderung der Leistungen nach § 22 SGB II regelmäßig zweckdienlich und angemessen, absichtlich einen Monat lang umzuziehen und hierfür doppelt Miete zu zahlen, anstatt die doppelte Mietzahlung für die alte und die neue Wohnung zu vermeiden



Foto: Agneta Becker

und innerhalb weniger Tage zum Monatswechsel umzuziehen.

5. Das Jobcenter kann nicht mit Erfolg einwenden, es wäre zur Minderung der Leistungen für Umzugskosten nach § 22 Abs. 6 SGB II zweckdienlich und angemessen, sich bei der Beförderung von Umzugsgut von einem rechtsanwaltlichen Prozessbevollmächtigten unter die Arme greifen zu lassen.
6. Die Angemessenheit von Umzugskosten nach § 22 Abs. 6 SGB II bemisst sich nicht nach dem im Einzelfall missgünstigen Sozialneid öffentlich Bediensteter.

Sozialgericht (SG) Karlsruhe, Urteil vom 01.10.2024 (S 12 AS 2387/22)

IMPRESSUM

WINTER 2024

Herausgeber

AbM e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
 Berliner Platz 8 - 48143 Münster
 Telefon: 0251 - 511 121
 Internet: www.sperre-online.de
 E-Mail: sperre@muenster.de

Redaktion

Peter Andres (pan),
 Norbert Attermeyer (noa, V.i.S.d.P.),
 Regina Ioffe, Thomas Krämer (tk),
 Jan Rinke, Hans Römer Santaella,
 Dirk Schwittkowski, Werner Szybalski (ws),
 Christoph Thelgmann (ct),
 Arnold Voskamp (avo)

Mitarbeiter

Heinz Annas, Robert Martschinke (rma)

Gestaltung / Layout

Ulrike Goj

Fotos / Illustrationen

Agneta Becker; Zeichnungen des Live-
 Illustrator*innen Netzwerks
 „illustre Runde“ Münster

„duba_construction-
 Remix of Bahnhofsviertel“

Online

www.sperre-online.de

Anzeigen / Spenden

Peter Andres

Bankverbindung:

Sparkasse Münsterland Ost
 IBAN: DE64 4005 0150 0004 0117 97

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis /
 als Förderabonnement

Verteilung

**Kostenfrei an Auslagestellen im
 Innenstadtgebiet Münsters**

Namentlich gezeichnete Artikel geben
 nicht unbedingt die Meinung der Redak-
 tion wieder. Das Urheberrecht für Text-
 und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen
 und Autoren.

Jedwede Nutzung, auch der auszugswei-
 se Nachdruck, bedarf der Genehmigung.
 Leserbriefe bitte an den Herausgeber.
 Wir freuen uns über jede Zuschrift. Das
 Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe

25.03.2025

Redaktionsschluss

18.02.2025

Anzeigenschluss

25.02.2025

(Termine unter Vorbehalt)



Foto: Agneta Becker

Daraus wird wohl erst mal nichts

Klimageld als Konzept für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit

von Charlotte G.P. Textor

In der aktuellen Diskussion um den Klimawandel und die notwendigen Maßnahmen zu dessen Bekämpfung spielt das Thema Klimageld eine zentrale Rolle. Die Ampel-Koalition hatte sich zwar vorgenommen, das zugehörige Konzept umzusetzen, hat aber einen Rückzieher gemacht.

Das Klimageld ist ein Konzept, das darauf abzielt, die finanziellen Belastungen, die durch die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen entstehen, abzufedern und gleichzeitig Anreize für umweltfreundliches Verhalten zu schaffen. Obwohl das Klimageld bislang noch nicht realisiert wurde, gibt es bereits zahlreiche Ideen und Vorschläge, wie es in der Praxis umgesetzt werden könnte.

Das Grundprinzip des Klimageldes besteht darin, dass die Einnahmen aus CO₂-Preisen oder anderen umweltpolitischen Maßnahmen an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden. Dies könnte in Form von direkten Geldzahlungen, Steuererleichterungen oder anderen finanziellen Anreizen geschehen. Ziel ist es, die Menschen zu entlasten, die durch steigende Energiepreise oder andere Kosten, die mit dem Klimaschutz verbunden sind, finanziell



Der Text wurde von einem ChatGPT-Bot verfasst (bis auf die Überschrift und einen eingefügten Satz im Vorspann). Für die Aufgabe, ihn zu erstellen, wurden nur einige wenige Vorgaben gemacht: Zeichenzahl, Verständlichkeit der Sprache, möglichst Vermeidung von Fremdwörtern und einige wenige Punkte zum Thema. Der Text zeigt, wie weit Chatbots wie ChatGBT bereits Texte „schreiben“ und mit Menschen kommunizieren können. ChatGBT ist ein Chatbot des US-amerikanischen Software-Unternehmens OpenAI und eine Anwendung der Künstlichen Intelligenz (KI). Der Name der Gastautorin Charlotte G.P. Textor ist natürlich frei erfunden. Aber keine Sorge: Die Texte in der SPERRE stammen auch künftig von Menschen aus Fleisch und Blut. TK

belastet werden könnten. Gleichzeitig soll das Klimageld dazu beitragen, umweltfreundliches Verhalten zu fördern und den Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft zu unterstützen.

Den CO2-Preis sozial gerecht gestalten

Ein wichtiger Aspekt des Klimageldes ist die soziale Gerechtigkeit. Kritiker der bisherigen Klimaschutzmaßnahmen argumentieren häufig, dass diese vor allem einkommens-

schwache Haushalte überproportional belasten. Höhere Preise für Energie und Mobilität treffen vor allem Menschen mit geringem Einkommen, die oft weniger Möglichkeiten haben, auf umweltfreundliche Alternativen umzusteigen.

Das Klimageld könnte hier Abhilfe schaffen, indem es sicherstellt, dass die finanziellen Mittel aus den CO2-Preisen gezielt an die Menschen zurückfließen, die sie am dringendsten benötigen. So könnte das Klimageld dazu beitragen, so-

ziale Ungleichheiten zu verringern und gleichzeitig den Klimaschutz voranzutreiben.

Ein weiterer Vorteil des Klimageldes ist die Möglichkeit, Anreize für umweltfreundliches Verhalten zu schaffen. Wenn Menschen für ihre umweltbewussten Entscheidungen belohnt werden, könnte dies...

Und so weiter
Und so weiter....

Ich bin dann mal weg - Thomas Krämer!



Ombuds- und Schlichtungsstelle

Unabhängige Beschwerde- und Schlichtungsstelle für Leistungsberechtigte des Jobcenters Münster
- kostenlos, neutral und vertraulich -



Foto: Stadt Münster/Meike Reiners

Die Ombudsstelle

Die Ombudspersonen klären mit Ihnen die Situation und zeigen Ihnen mögliche Handlungsoptionen auf.
Die Ombudspersonen beraten Sie, welche rechtlichen Mittel Ihnen offenstehen.
Die Beratung der Ombudsstelle ersetzt nicht den Rechtsweg.

Die Schlichtungsstelle

Ein Schlichtungsverfahren gemäß § 15a SGB II soll stattfinden, wenn es nicht gelingt, einen Kooperationsplan zur Verbesserung der beruflichen (Wieder-)Eingliederung zu erstellen.
Das Schlichtungsverfahren kann von den Leistungsberechtigten des Jobcenters, von den Mitarbeitenden des Jobcenters oder von beiden eingeleitet werden.

Vereinbaren Sie gerne telefonisch oder per E-Mail einen Termin.

Kontaktdaten:

Tel. 02 51/4 92-70 69 | Ombudsstelle@stadt-muenster.de | Schlichtungsstelle@stadt-muenster.de
Stadthaus 1 | Klemensstraße 10 | 48143 Münster | Zimmer 1.029

Weiterbildung macht

Karriere



Weiterbildungen inkl. Führerschein

(Start alle 4-6 Wochen)

LKW-Fahrer:in (in 6 Monaten mit Kl. C/CE)

Busfahrer:in (in 5 Monaten mit Kl. D/DE)

Auslieferungsfahrer:in (in 5,5 Monaten mit Kl. B)

Persönliche Assistenz (in 7 Monaten, Teilzeit /Kl. B)

Last-Minute Weiterbildungen (kurzfristige Starttermine)

Alltagscoach (in 5 Monaten, Teilzeit, online)

Integrationshelfer:in (in 13 Wochen, Teilzeit, online)

Profiling: als Lokführer geeignet? (5 Tage)

Online-Umschulungen ab FEBRUAR und AUGUST

Kauffrau/Kaufmann Büromanagement (24 Monate)

Industriekauffrau/-mann (24 Monate)

ab MAI 2025

Lokführer:in (12 Monate)

Kurse in Vollzeit (5 Monate) oder Teilzeit (12 oder 20 Monate)

Industriemeister:in (Lebensmittel, Logistik, Metall,...)



Schulungsstandort Münster:

Dahlweg 112 | 48153 Münster

Infos unter: 0251 97420922